



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 06.03.2026 bis 13.03.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Katholische Bischöfe - Wir fordern alle Äthiopier auf	4
Bahrain: „Kirchen für die spirituellen Bedürfnisse der Gläubigen offen lassen“	5
Bangladesch: Wegen Verkündigung des Evangeliums schikaniert	6
D.R. Kongo: „Neben Ruanda müssen auch die M23 und ihre kongolesische Führung sanktioniert werden“	7
Deutschland: Anschlag auf den Veranstaltungsort einer Lebensrechtstagung	8
Deutschland: Farbanschlag auf „Pro Femina“-Beratungsstelle	9
Ghana: P. René Yao und die Gehörlosenseelsorge	10
Indien: Christliche Familie in Zentralindien brutal angegriffen	11
Indien: Müssen Christen Hindus werden, um beerdigt werden zu dürfen?	12
Indonesien: Kirchenführer wegen „religiöser Hassrede“ inhaftiert.	16
Indonesien: „Wir leben in einer Zeit des interreligiösen Dialogs und beten gemeinsam für den Frieden“	18
Irak: Iranische Angriffe im Irak treffen auch christliche Einrichtungen	19
Iran: Christen im Iran unter Generalverdacht	20
Iran: Jüdischer Verbandsvertreter kritisiert „orientierungslose Kirchen“	21
Iran: Sorge um die Sicherheit von Häftlingen im Evin-Gefängnis	22
Libanon: Nach dem Tod von Pfarrer EL-Rahi	23
Mosambik: Zwei Christen ermordet	24
Naher Osten: Iranischer Erzbischof gerettet, libanesischer Priester gestorben	25
Nepal: Christen sind nach den Wahlen vorsichtig optimistisch	26
Nigeria: Islamisten töten in Militärkleidung	27
Nigeria: US-Kommission warnt vor religiöser Gewaltkrise	28
Pakistan: Neues Beispiel für Missbrauch des „Blasphemie-Vorwurfs“	29
Schweden: Christliche Eltern scheitern in Straßburg mit Beschwerde	30
Sudan: Krieg gegen den Iran wirkt sich auf die Lage im Sudan aus	31
Südsudan: Pastor ermordet	32
Ukraine: Hunderte von Kirchen durch russische Streitkräfte zerstört	33
Venezuela: Verstöße gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit	35
Weltweit: Samaritan's Purse prangert sexuelle Ausbeutung von Frauen an	36
Weltweit: Verfolgung ist real-Institut widerspricht Kritikern des Weltverfolgungsindex	37

Äthiopien: Katholische Bischöfe - Wir fordern alle Äthiopier auf

sich dem Hass zu widersetzen, und jeden Versuch, unsere Gesellschaft zu spalten, zurückzuweisen

Addis Abeba (Fides) – „Gewalttaten gegen wehrlose Menschen können durch keine religiöse, kulturelle oder politische Lehre gerechtfertigt werden“, so die Bischöfe der Katholischen Bischofskonferenz Äthiopiens (CBCE) im Hinblick auf die Gewalt und Gräueltaten gegen Zivilisten in verschiedenen Teilen des Landes, insbesondere der jüngsten Massaker in der Region Arsi in Oromia.

Die CBCE sei „zutiefst betrübt über die grausamen und unmenschlichen Morde und Zerstörungen von Eigentum, die unschuldige Menschen in verschiedenen Regionen unseres Landes treffen, insbesondere über die wiederholte Brutalität in der Region Arsi“, heißt es in einer am 9. März 2026 veröffentlichten und vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz und Erzbischof von Addis Abeba, Kardinal Berhaneyesus (C.M.), unterzeichneten Erklärung.

„Unsere Kirche verurteilt diese unmenschliche Tat aufs Schärfste. Um die Sicherheit und Unversehrtheit der Bürger zu gewährleisten, fordern wir die Regierung daher auf, alle notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu ergreifen“, unterstreichen die Bischöfe zur Position der katholischen Kirche.

Die lokale Presse bezeichnen die Massaker von Arsi als eine tragische Eskalation der Gewalt, bei der Menschenrechtsverletzungen katastrophale Ausmaße erreicht haben. Bezirke wie Shirka, Merti, Guna und Holonto seien zu Brennpunkten der Brutalität geworden, wo Zivilisten von Hinrichtungen, Verletzungen, großflächiger Zerstörung von Eigentum und Zwangsumsiedlungen bedroht sind.

In ihrem Bericht vom März 2026 hat die äthiopische Menschenrechtskommission (EHRC) die Gräueltaten dokumentiert und eine Reihe systematischer Angriffe aufgedeckt, die nach Ansicht der Kommission ein sofortiges Eingreifen der Bundes- und Regionalbehörden erfordern. Die Zahl der Opfer unterstreicht das Ausmaß der Lage: insgesamt 34 orthodoxe Christen wurden kürzlich getötet, davon 26 in Shirka und 4 in Merti, wodurch die Zahl der Opfer allein in Shirka in diesem Jahr auf 164 gestiegen ist. Hinzu kommen 8 Opfer, die im Krankenhaus behandelt wurden, 8 Vermisste und 2 Entführungen. Augenzeugen schildern ein Bild von Angst und Schrecken, Familien fliehen aus ihren Häusern, die humanitäre Krise verschärft sich, Tausende sind auf der Flucht und die lokale Wirtschaft ist durch Angst und Zerstörung gelähmt. Diese Welle der Unruhen kommt zu den Konflikten in Oromia hinzu, die 2025 begannen und mehr als 1.244 zivile Opfer forderten, vor allem in den Gebieten Arsi und West-Arsi.

Die CBCE erinnert insbesondere an die orthodoxen Christen, die Ende Februar Ziel mehrerer Angriffe waren. Am 26. Februar stürmte eine Gruppe von Extremisten einen Markt im östlichen Teil von Arsi, einer historisch friedlichen Gegend, in der Muslime und orthodoxe Christen zusammenleben, und eröffnete das Feuer auf die Menschen. Zwanzig orthodoxe Christen und ein muslimischer Wachmann wurden getötet, mehrere Personen werden vermisst und wurden wahrscheinlich entführt. Lokalen Quellen zufolge befand sich unter den Opfern auch ein Priester, der ums Leben kam, als die Angreifer in eine Kirche eindrangen. Anschließend setzten die Angreifer Häuser und Ernten in Brand und zwangen viele Einwohner zur Flucht in benachbarte Städte, um dort Schutz zu suchen. Dies war kein Einzelfall: Zwei Tage später, am 28. Februar, überfielen weitere Angreifer die Gemeinde erneut und töteten sieben Menschen in einer Kirche.

Die Bischöfe verurteilen jeglicher Form von Gewalt gegen Unschuldige und arbeiten dabei mit der äthiopisch-orthodoxen Tewahedo-Kirche, dem Obersten Rat für islamische Angelegenheiten in Äthiopien und zusammen. „Wir fordern alle Äthiopier auf, sich dem Hass zu widersetzen, diesen tragischen Ereignissen nicht zu folgen und jeden Versuch, unsere Gesellschaft zu spalten, zurückzuweisen“, so die Bischöfe abschließend.

(AP) (Fides 11/3/2026)

Bahrain: „Kirchen für die spirituellen Bedürfnisse der Gläubigen offen lassen“

sagte Kronprinz Salman bin Hamad Al Khalifa

Manama (Fides) – „In der vergangenen Nacht gab es mehrere Explosionen und es werden Verletzte gemeldet. Heute Morgen heulen die Sirenen und es sind laute Detonationen zu hören“, berichtet der Apostolische Vikar des Nördlichen Arabien, Bischof Aldo Berardi (O.S.S.T.) gegenüber Fides.

Die Lage in Bahrain ist alles andere als ruhig. Nach einem Angriff auf eine Ölförderanlage im Dorf Maameer hat das Innenministerium die Bevölkerung aufgefordert, Ruhe zu bewahren, sich in Sicherheit zu bringen und die Hauptstraßen nicht unnötig zu blockieren, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Das Gleiche gilt für die anderen Golfstaaten, wo die iranische Offensive mit Bomben und Drohnen gegen Kuwait, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate weitergeht. Nach der Ernennung des neuen Obersten Führers im Iran, Ajatollah Modschtaba Chamenei, meldete auch das kuwaitische Verteidigungsministerium am zehnten Tag des Krieges zwischen dem Iran, Israel und den Vereinigten Staaten einen neuen Bmben- und Drohnenangriff auf das Emirat.

Vor diesem Hintergrund traf sich der bahrainische Kronprinz und Premierminister, Salman bin Hamad Al Khalifa, an diesem Sonntag (8. März), mit Bischof Berardi und dem Klerus in der Kathedrale Unserer Lieben Frau von Arabien in Awali, um das Wohlergehen der katholischen Gemeinde in Bahrain zu gewährleisten. Salman bin Hamad Al Khalifa, Kronprinz und Premierminister, Bischof Berardi und den Klerus in der Kathedrale Unserer Lieben Frau von Arabien (OLA) in Awali und bekräftigte sein Engagement, alle Bürger und Einwohner angesichts der aktuellen Lage im Königreich im Zeichen der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens zwischen verschiedenen Religionen und Kulturen zu schützen.

Bei seiner Ankunft wurde der Kronprinz von Bischof Berardi zusammen mit den anderen Priestern begrüßt, denen er die Grüße des Königs übermittelte und dessen Engagement bekräftigte, die Position Bahrains als Heimat der Toleranz, des friedlichen Zusammenlebens und des Respekts für alle Religionen und Glaubensrichtungen zu festigen. Der Kronprinz wollte sich im Rahmen der Begegnung angesichts der anhaltenden Aggression des Iran insbesondere über die Lage der katholischen Gemeinschaft informieren, um die Sicherheit des Königreichs zu gewährleisten und alle seine Bürger und Einwohner zu schützen.

„Der Kronprinz“, so der Apostolische Vikar gegenüber Fides, „hat darum gebeten, die Kirchen für die spirituellen Bedürfnisse der Gläubigen offen zu lassen, und sich nach dem Datum von Ostern erkundigt“.

Der Kronprinz habe außerdem bekräftigt, dass die Sicherheit seiner Bürger und Einwohner für das Königreich oberste Priorität habe, und betonte die Verpflichtung, allen Schutz und Hilfe zu bieten. Die christlichen Religionsvertreter äußerten ihrerseits große Wertschätzung für die kontinuierliche Unterstützung des Königreichs unter der Führung des Königs bei der Festigung der Werte des Zusammenlebens und der Achtung des religiösen Pluralismus. Sie lobten auch das sichere und geschützte Umfeld, das das Königreich bietet, das die Menschen ermutigt, ihren Glauben frei auszuüben.

An dem Besuch nahmen auch der Innenminister, General Rashid bin Abdulla Al Khalifa, und der Minister für Finanzen und nationale Wirtschaft, Salman bin Khalifa Al Khalifa, teil.

(AP) (Fides 9/3/2026)

Bangladesch: Wegen Verkündigung des Evangeliums schikaniert

IIRF-D/BA/Tübingen/12.03.26 - Kontakte von Barnabas Aid haben um Gebet gebeten, nachdem vier Christen von muslimischen Führern im Norden Bangladeschs festgenommen wurden.

Die vier Gläubigen predigten am 27. Februar das Evangelium, als eine Menschenmenge eingriff. Ein in den sozialen Medien gepostetes Video zeigt, wie einer der Christen von einer Gruppe muslimischer Männer gefesselt wird.

Die vier wurden anschließend von der Polizei festgenommen, aber inzwischen wieder freigelassen, nachdem die Polizei erfahren hatte, dass die muslimische Gruppe angeblich versuchte, die Männer zu töten. Durch Gottes Gnade konnten alle vier Gläubigen sicher nach Hause zurückkehren.

Christen machen weniger als 1 % der Bevölkerung des mehrheitlich muslimischen Bangladeschs aus. Zusammen mit Hindus sind sie der Schikane und Verfolgung durch islamistische Extremisten ausgesetzt.

Im Jahr 2025 berichteten Kontakte von Barnabas Aid, dass ein bangladeschischer Pastor und seine Familie einer Kampagne der Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt waren, die sie zwingen sollte, zum Islam zu konvertieren. Die Tochter des Pastors wurde drei Monate lang als Geisel festgehalten und während dieser Zeit sexuell missbraucht.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/four-christians-in-bangladesh-harassed-for-sharing-the-gospel/>

D.R. Kongo: "Neben Ruanda müssen auch die M23 und ihre kongolesische Führung sanktioniert werden"

Kinshasa (Fides) – „Die US-Sanktionen gegen Ruanda haben keine Auswirkungen auf Kongolesen, die von der M23 rekrutiert werden“, so lokale Quellen aus der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo, die von den mit Ruanda verbündeten Guerillakämpfern der M23 besetzt ist, gegenüber Fides.

Am 2. März verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen die ruandische Armee und vier hochrangige Militärs aus Kigali unter dem Vorwurf, die M23-Rebellen im Osten der DR Kongo zu unterstützen (vgl. [AKREF 5/3/2026](#)).

Auf die Frage, ob diese Maßnahme dazu beitragen kann, die Besetzung großer Teile des Ostens der DR Kongo durch die Rebellenbewegung zu beenden, antworten die lokalen Quellen, die aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden möchten:

„Wir alle wissen, dass die M23-Bewegung seit ihrer Gründung in Ruanda ihre Stützpunkte hat und zuvor auch in Uganda hatte. Aber wir wissen: Die M23 befindet sich heute hier im Kongo, und in den Reihen der M23 gibt es mehr als 20.000 Soldaten, die keine Ruander sind und die von den Sanktionen nicht betroffen sind. Und sie sagen es offen: ‚Die Sanktionen betreffen uns nicht.‘“

„Tatsächlich zeigten die Führer der M23-Bewegung wenige Tage nach Verhängung der Sanktionen gegen Ruanda im Fernsehen anlässlich einer Rede von Sultani Makenga (Militärchef der M23) insgesamt 1.500 neue Kommandosoldaten, wie die Mitglieder ihrer Spezialeinheiten genannt werden. Die Zeremonie wurde als Affront gegenüber der amerikanischen Maßnahme wahrgenommen“, so die Beobachter weiter.

„Bislang wurden noch keine direkten Sanktionen gegen die Guerillakämpfer verhängt, die Nord- und Süd-Kivu besetzt halten“, bekräftigen die Beobachter. „Angesichts der gegen Ruanda verhängt Sanktionen, erklärt die M23, nichts mit diesem Land zu tun zu haben. Auch der Chef des politischen Flügels der Bewegung (Kongo-Fluss-Allianz, AFC), Corneille Nangaa, erklärt, er sei Kongolese und die Sanktionen betreffen ihn nicht“.

„Wir sind der Meinung, dass die Sanktionen gegen die Anführer der Armee, die Goma und Bukavu besetzt hält, verhängt werden müssen“, so die Quellen weiter, „Ob Zivilisten oder Militärs, die Führung ist hier, weil die von der M23 eingesetzte Verwaltung aus Kongolesen besteht, auch wenn es in Goma etwas weniger sind. Wenn man also die M23 zwingen will, die besetzten Gebiete an die kongolesischen Behörden zurückzugeben, muss man Sanktionen gegen deren Führung verhängen, die sich hier im Osten des Kongo befindet. Es stimmt, dass Ruanda die Basis ist, von der aus die Männer der M23 aufgebrochen sind, aber nur dieses Land mit Sanktionen zu belegen, reicht nicht aus, denn die Kämpfe gehen sowohl in Nord-Kivu als auch in den Bergen von Süd-Kivu weiter“.

(L.M.) (Fides 6/3/2026)

Deutschland: Anschlag auf den Veranstaltungsort einer Lebensrechtstagung

Kassel: Anlass war das „Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen“

Kassel (IDEA) – Linksradikale haben erneut einen Anschlag auf das Gebäude der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) Kassel-Ost verübt. Anlass war das bevorstehende „[Lebensrecht-Forum](#)“ des Vereins „Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen“ (TCLG) am 7. März in den Räumen der Freikirche. Die bislang noch unbekanntes Täter hatten zähflüssiges Pech gegen die Glasfassade des Gebäudes geworfen. Auf der linksextremen Internetseite indymedia.org nannten die Täter den Einsatz der Gemeinde für das Lebensrecht ungeborener Kinder als Grund für den Anschlag. Die Gemeinde war bereits in der Vergangenheit mehrfach Ziel von Anschlägen und [Blockaden](#). Erst im [November 2025](#) waren mehrere Scheiben eingeschlagen und der Schriftzug „218 abtreiben“ an die Wand des Kirchengebäudes gesprüht worden. Auch zu Beginn des diesjährigen Lebensrecht-Forums am 7. März fand auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Gegendemonstration statt, an der nach Polizeiangaben etwa 70 Personen teilnahmen. Sie hielten zwei Transparente mit den Aufschriften „Wir machen euch die Hölle heiß! feministisch, antifaschistisch für reproduktive Gerechtigkeit!“ und „Abtreibung legalisieren! Antifeminismus sabotieren! In Kassel und überall!“ hoch.

Deutschland: Farbanschlag auf „Pro Femina“-Beratungsstelle

Heidelberg: Bekenntnisschreiben legen weibliche Täter nahe

Heidelberg (IDEA) – Aktivisten haben in der Nacht auf den 6. März einen Farbanschlag auf die Beratungsstelle der christlichen Beratungsorganisation „Pro Femina“ in Heidelberg verübt. Das teilte der Vorstandsvorsitzende von „Pro Femina“ und Leiter von „1000plus“, Kristijan Aufiero (München), mit. Die Täter warfen Farbbeutel auf die Außenfassade und beschmierten einige Wände. Zu lesen war unter anderem die Parole „Nieder mit dem Patriarchat“. Dass es sich bei den Tätern um Frauen handelt, legen Aufiero zufolge Bekenntnisschreiben nahe, die in der Nachbarschaft in die Briefkästen geworfen wurden. Darin heißt es, dass Pro Femina die Selbstbestimmung von Frauen eingrenze. Außerdem zeigten die Täter Solidarität mit „Genossinnen in Berlin und München“. Aufiero zeigte sich entsetzt: „In noch nie dagewesenem Ausmaß wurde unsere Einrichtung nun beschädigt.“ Dass die Täter glaubten, das sogenannte Patriarchat mit einem Anschlag auf eine Frauenhilfsorganisation zu bekämpfen, zeige, dass sie schlicht keine Ahnung von der Arbeit von Pro Femina haben. Auf die Beratungsstelle kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Anschlägen, zuletzt [im Januar 2025](#). Vor diesem Hintergrund zeigte sich Aufiero enttäuscht über fehlende Reaktionen seitens der Behörden oder der Politik: „Obwohl wir nun schon mehrfach Angriffen aus demselben Täterspektrum ausgesetzt waren und Medien darüber teils ausführlich berichteten, ignorieren die Stadt Heidelberg und das Land Baden-Württemberg die gegen uns gerichtete linksextreme Gewalt.“ Bis heute habe sich kein Vertreter aus der Politik zu diesen Anschlägen auf unsere Frauenhilfsorganisation auch nur geäußert, so der Lebensrechtler. Pro Femina schätzt den Sachschaden auf mindestens 25.000 Euro. Die Organisation beschäftigt in seinen drei Beratungsstellen in Heidelberg, München und Berlin insgesamt rund 70 Beraterinnen. Sie beraten rund 5.200 Schwangere pro Jahr. Die Organisation bietet außerdem eine digitale Beratung im Internet an, die pro Jahr von über 220.000 Frauen genutzt wird.

Ghana: P. René Yao und die Gehörlosenseelsorge

„Wir beten gemeinsam mit Gehörlosen, als ein einziger Leib in Christus“

Accra (Fides) – „Anfangs hatte ich kein Büro. Ich saß unter einem Baum in der Nähe der Kirche. Später machten mich die Gemeindemitglieder darauf aufmerksam, dass ich nicht unter einem Baum arbeiten könne, und halfen mir, ein kleines Büro einzurichten“, am 22. November 2020 begann Pater René Yao, Priester der Gesellschaft der Afrikamissionen (SMA), offiziell mit der Seelsorge für Gehörlose in Madina (Accra). Heute arbeitet Pater René mit einer kleinen Gruppe von gehörlosen und schwerhörigen Menschen zusammen.

In einer Mitteilung Fides vorliegt berichtet der Missionar, wie er dank kleiner Spenden und der Großzügigkeit der Gemeindemitglieder die verschiedenen Aktivitäten des von ihm auf den Weg gebrachten Gehörlosenpastoral „St. Martin“ („St. Martin Deaf Ministry“) aufrechterhalten kann. Im Mittelpunkt der Seelsorge steht die Inklusion. Neben dem spirituellen Bereich engagiert sich die Gemeinde für soziale Begegnungen, kreative und bildende Projekte sowie Gebärdensprachkurse, um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Jeden Sonntagmorgen feiert Pater René die heilige Messe auch in Gebärdensprache, damit die gehörlosen Gemeindemitglieder voll und ganz an der Eucharistie teilnehmen können. „Ich möchte keine getrennten Messen für Gehörlose. Sie erleben schon genug Ausgrenzung. Wenn wir eine Messe nur für sie feiern, trennen wir sie noch weiter von der hörenden Gemeinschaft. Wir müssen gemeinsam beten, als ein einziger Leib in Christus.“

(AP) (Fides 10/3/2026)

Indien: Christliche Familie in Zentralindien brutal angegriffen

ICC-Nachrichten - Eine Gruppe hinduistischer Nationalisten in Zentralindien griff eine christliche Familie an, nachdem diese sich geweigert hatte, Christus zu verleugnen.

Der Vorfall ereignete sich am 26. Februar im Dorf Erramangi im Bezirk Bijapur in Chhattisgarh. Die Familie verlor bei dem Angriff ihr Zuhause und ihren Besitz und ist nun gezwungen, auf der Straße zu leben.

Laut einer lokalen Quelle umzingelten fast 200 radikale Hindus das Haus und versuchten, die Familie von Ram Sai zu zwingen, Jesus abzuschwören und zum Hinduismus zurückzukehren. Der wütende Mob drang in das Haus ein, warf die Lebensmittel und Habseligkeiten der Familie auf die Straße und riss das Haus nieder. Trotz der Zerstörung entschied sich die Familie, an Christus festzuhalten.

„Wir wurden in den letzten zwei Jahren schikaniert und bedroht“, sagte Ram Sai. „Inmitten dieser Herausforderungen blieben wir standhaft und sagten den antichristlichen Führern im Dorf, dass wir keine Kompromisse in Bezug auf unseren Glauben eingehen würden.“

Letzte Nacht schliefen alle sechs Kinder und meine Frau in den Trümmern ohne Dach. Gott gab uns den Mut, so weit zu kommen; wir hoffen, dass Gott uns weiterhin stärkt, damit wir ihm treu bleiben können.“

Chhattisgarh wird für Christen zu einem immer gefährlicheren Ort. Während soziale Boykotte zur Normalität geworden sind, haben gewaltsame Vertreibungen christlicher Familien aus ihren Häusern und Dörfern die christliche Gemeinschaft in diesem Bundesstaat erschüttert.

Der Bundesstaat Chhattisgarh ist einer von zwölf Bundesstaaten, die Gesetze gegen Konversionen erlassen haben. Diese Gesetze werden zunehmend missbraucht, um Christen ins Visier zu nehmen, sie zu schikanieren und anzugreifen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Indien: Müssen Christen Hindus werden, um beerdigt werden zu dürfen?

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/NEU-DELHI – Stammesangehörige in Indien haben Christen daran gehindert, die Leiche einer Frau zu begraben, die am 24. Februar verstorben war, mit der Begründung, dies würde ihr Land und ihre Gottheiten verunreinigen.

Während die Leiche der christlichen Stammesangehörigen Sambai Mandavi noch in der Leichenhalle eines Krankenhauses lag, forderten die Dorfbewohner von ihrer Familie als Bedingung für die Beerdigung die Zwangskonvertierung zum Hinduismus. Tage nachdem der Oberste Gerichtshof Indiens die Einstellung der Zwangsexhumierungen von Leichen christlicher Stammesangehöriger im Bundesstaat Chhattisgarh angeordnet hatte, drohten die Dorfbewohner, die Leiche zu exhumieren, falls sie beerdigt würde.

Mandavi soll 34 Jahre alt gewesen sein, als sie am 24. Februar aufgrund von Atemwegs- und Herzproblemen starb. Die Einwohner haben ihren Ehemann, Kamlesh Mandavi, daran gehindert, ihre Leiche auf dem öffentlichen Friedhof des Dorfes oder auf seinem Privatgrundstück im Dorf Amodi im Bezirk Kanker im Bundesstaat Chhattisgarh zu beerdigen.

Die Dorfbewohner haben auch mit körperlicher Gewalt und Sachbeschädigung gedroht. Sie behaupten, christliche Bestattungsriten würden ihr Land und ihre Gottheiten „besudeln“, wie aus einer Pressemitteilung der Progressive Christian Alliance (PCA) vom 26. Februar hervorgeht. Da die Leiche weiterhin in der Leichenhalle des Durgkondal-Krankenhauses liegt, hat Kamlesh Mandavi offiziell Beschwerde beim Bezirksverwalter eingereicht.

„Dieser Vorfall ereignet sich nur wenige Tage, nachdem der Oberste Gerichtshof eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die Exhumierungen untersagt“, heißt es in der Erklärung der PCA. „Die Fortdauer solcher Drohungen unterstreicht jedoch eine eklatante Missachtung gerichtlicher Anordnungen.“

Der Koordinator der PCA, Rev. Simon Digbal Tandi, forderte ein sofortiges Eingreifen der staatlichen Behörden.

Der Oberste Gerichtshof hatte am 18. Februar eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach „keine weiteren Exhumierungen von begrabenen Leichen mehr zulässig sind“, während er eine von der Chhattisgarh Association for Justice and Equality (CAJE) eingereichte Klage im öffentlichen Interesse verhandelte. Die Richter Vikram Nath, Sandeep Mehta und N.V. Anjaria richteten außerdem eine Aufforderung an die Regierung von Chhattisgarh, die innerhalb von vier Wochen zu beantworten ist.

Der Fall Sambai Mandavi ist kein Einzelfall. Einen Tag nach der Anordnung des Obersten Gerichtshofs veröffentlichte das United Christian Forum (UCF) Daten, aus denen hervorgeht, dass es allein im Jahr 2025 zu 23 Vorfällen im Zusammenhang mit Bestattungen gekommen ist, die Teil dessen sind, was sie als systematische Einschüchterung in Stammesgebieten bezeichnen.

Auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi am 19. Februar präsentierten UCF-Vertreter Videoaufnahmen, auf denen zu sehen ist, wie die Leiche einer christlichen Frau exhumiert, in ein weißes Leichentuch gewickelt und auf den Boden gelegt wird, während Dorfbewohner um sie herumstehen. Die Vorfälle spiegeln einen wiederkehrenden Trend in den Bundesstaaten Chhattisgarh, Odisha und Jharkhand wider.

Die UCF-Vertreter schilderten konkrete Fälle. Im Dorf Benur im Bezirk Bastar wurden die Überreste eines seit mehr als 20 Jahren begrabenen christlichen Stammesangehörigen exhumiert, verbrannt und verstreut. Im Bezirk Kanker wurde der Vater von Rajman Salam, einem gewählten Dorfvorsteher, der Christ ist, auf dem Grundstück seiner Familie beigesetzt. Kurz darauf versuchte ein Mob, der behauptete, das Land gehöre einer lokalen Gottheit, eine Exhumierung – unter Berufung auf das PESA-Gesetz, das Stammesgemeinschaften autonome Selbstverwaltung gewährt –, obwohl Salams Vater kein Christ war.

Familien berichteten, dass sie leere Gräber vorfanden oder gezwungen waren, kilometerweit zu reisen, um ihren Angehörigen die letzte Ehre zu erweisen, was die Trauer zu einer langwierigen Tortur machte, wie aus Unterlagen der PCA hervorgeht.

Der nationale Präsident der UCF, Michael Williams, bezeichnete die Anordnung des Gerichts als „ein Zeichen der Hoffnung“, forderte jedoch die Landesregierung auf, für eine vollständige Umsetzung zu sorgen. John Dayal, Sprecher der UCF, sagte, die Anordnung des Obersten Gerichtshofs sei ein notwendiger erster Schritt, aber eine einstweilige Verfügung sei keine Gerechtigkeit.

„Das kalkulierte Schweigen der Regierung von Chhattisgarh spricht Bände“, sagte Dayal gegenüber Morning Star News. „Wenn der Staat sich weigert, das verfassungsmäßige Recht auf Bestattung zu verteidigen, sanktioniert er damit faktisch die Schändung von Gräbern.“

Er verwies auf eine frühere Anordnung eines Richtergerremiums unter Vorsitz von Richter Nagarathna, die aufgrund des Drucks der Menge nicht umgesetzt werden konnte.

„Niemand wurde wegen Missachtung des Gerichts oder Nötigung angeklagt“, sagte er. „Hier geht es nicht nur um die Würde im Tod, sondern darum, ob christliche Stammesangehörige zu ihren eigenen Dörfern gehören.“

In der von dem erfahrenen Anwalt Colin Gonsalves vorgebrachten öffentlichen Klage wurde behauptet, dass christliche Stammesangehörige gewaltsam daran gehindert würden, ihre Verstorbenen auf den Friedhöfen der Dörfer zu bestatten, während andere Gemeinschaften dies tun dürften. Bereits bestattete Leichen wurden ohne Wissen der Familien exhumiert und an weit entfernte Orte gebracht.

In der Petition wurde beschrieben, wie Friedhöfe, die traditionell allen Dorfbewohnern zugänglich waren, informell nach religiösen Gesichtspunkten beschränkt wurden. In mehreren Fällen wurden Familien angeblich unter Druck gesetzt, christliche Bestattungspraktiken aufzugeben, als Voraussetzung für eine Bestattung innerhalb des Dorfes.

„Die Exhumierung und Zwangsumsetzung von Leichen an weit entfernten Orten, manchmal über 50 Kilometer entfernt, stellt eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung dar“, heißt es in der Petition unter Verweis auf die verfassungsmäßigen Garantien der Gleichheit und des Rechts auf ein Leben in Würde.

Die Petition äußerte ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Verhaltens der Polizei. Die Beamten versäumten es häufig, bedrohte Familien zu schützen, und ermutigten sie stattdessen zu Kompromissen.

„Die Rolle der Polizei von Chhattisgarh ist sehr parteiisch“, hieß es in der Petition. „Die Leichen wurden von der Polizei und den Behörden gewaltsam aus den Dörfern an einen sogenannten bestimmten Ort gebracht.“

Viele Pastoren, die Bestattungsriten durchführten, wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Die Verweigerung des Rechts auf Bestattung ging oft mit Gewaltandrohungen, Zwangskonvertierungen und Schikanen einher.

UCF-Koordinator A.C. Michael warnte, dass Kampagnen in mehreren Bundesstaaten, die darauf abzielen, christliche Adivasis (indigene Stammesvölker) aus dem Status als „Scheduled Tribe“ (registrierter Stamm) zu entfernen, der indigenen Gemeinschaften verfassungsmäßigen Schutz und reservierte Vorteile gewährt, in direktem Zusammenhang mit Bestattungskonflikten stehen.

„Die indische Verfassung verbindet die Stammesidentität nicht mit der Religion“, sagte Michael.

Die Progressive Christian Alliance, eine Partnerorganisation von CAJE, die die Petition eingereicht hat, sagte, dass lokale Gruppen, darunter das Bastar District Rural Christian Service Committee (Bastar Jila Grameen Masihi Seva Samiti) und das Tribal Christian Service and Education Welfare Committee (Janjati Masihi Seva Evam Shaikshanik Kalyan Samiti) in Bastar, Verstöße vor Ort dokumentiert haben.

Die PCA stellte fest, dass Vorfälle, die sich gegen religiöse Minderheiten in Chhattisgarh richten, seit 2005 stark zugenommen haben, wobei Christen, die zu den registrierten Stammesvölkern gehören, trotz des verfassungsmäßigen Schutzes durch den Fünften Anhang, der die Rechte der Stammesvölker auf Land und Selbstverwaltung schützt, Angriffen ausgesetzt sind.

Dayal sagte, die Streitigkeiten um die Bestattungen stünden in Zusammenhang mit einem größeren Muster.

„Die Exhumierung von Leichen ist der logische Endpunkt einer Kampagne, die darauf abzielt, die christliche Stammesidentität zu delegitimieren und die ideologische Vorherrschaft lokaler Schläger zu behaupten, die von der Sangh inspiriert oder ausgebildet wurden“, sagte er und bezog sich dabei auf die hindu-nationalistische Dachorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh und ihre angeschlossenen Gruppen. „Allein im Jahr 2025 wurden 23 Vorfälle dokumentiert, das ist systematisch und nicht spontan.“

Rev. Dr. Akhilesh Edgar, Vorsitzender der Progressive Christian Alliance mit Sitz in Chhattisgarh, sagte, die Verweigerung von Bestattungsrechten stehe in direktem Zusammenhang mit den Ghar Wapsi-Kampagnen (Zwangsbekehrungen).

„Diese Elemente bilden eine koordinierte Hindutva [hindu-nationalistische] Agenda, wobei die Verweigerung von Bestattungen als Einstiegspunkt für Ghar Wapsi und die Streichung aus der Liste als langfristige Entrechtung dienen“, erklärte er gegenüber Morning Star News.

Edgar sagte, dass Gruppen wie das Tribal Protection Forum (Janjati Suraksha Manch) argumentierten, dass christliche Konvertiten ihre „Stammesidentität“ verlieren und daher auch die Vorteile für registrierte Stämme verlieren sollten.

„Diese wirtschaftliche Drohung ergänzt die Verweigerung von Bestattungen, indem sie die Wahl der Religion mit dem Verlust des Schutzes gemäß Anhang V der Verfassung verknüpft“, sagte er. „Bestattungsstreitigkeiten werden herangezogen, um die Loslösung von Traditionen zu ‚beweisen‘ und die Streichung aus der Liste zu rechtfertigen.“

Die Verweigerung von Bestattungen diene oft als Druckmittel für eine erzwungene Rückkonvertierung, sagte Edgar.

„Mobs machen die Bestattungsgenehmigung von einer Rückkonvertierung abhängig“, sagte er. „Es wurden zahlreiche Fälle von Ghar Wapsi und Gewalt beobachtet, bei denen Bestattungen als Druckmittel eingesetzt wurden, um Gehorsam zu erzwingen.“

Kampagnen zur Streichung christlicher Stammesangehöriger aus der Liste seien explizit gewesen, sagte er.

„JSM-Kundgebungen in Bastar forderten die Streichung aus der Liste, wobei Führer wie Bhojraj Nag erklärten, dass Konvertiten nicht die Vorteile der Adivasis in Anspruch nehmen und sich weigern könnten, der Tradition zu folgen“, sagte er gegenüber Morning Star News. „Ähnliche Forderungen gelten nicht für Stammesangehörige, die zum Hinduismus konvertieren, was die Voreingenommenheit offenbart.“

Die Angst, den Status als registrierte Stammesangehörige zu verlieren, wurde als Druckmittel eingesetzt: „Dies schürt Ängste – christliche Bestattungen in der Ferne könnten den Anspruch auf den Status als registrierte Stammesangehörige in Frage stellen und eine Rückbekehrung zur Beibehaltung des Status erzwingen.“

Edgar führte die Wurzeln von Ghar Wapsi auf Bemühungen der RSS in den 1950er Jahren zurück, als die für das Wohlergehen der Stammesangehörigen zuständige Abteilung der RSS, Vanvasi Kalyan Ashram, Maßnahmen ergriff, um christlichen Missionen entgegenzuwirken und Konvertiten „zurückzugewinnen“.

Im Jahr 2025 verzeichnete die UCF mehr als 700 Vorfälle antichristlicher Gewalt, von denen Dalit-Christen – Mitglieder ehemals „unberührbarer“ Gemeinschaften am unteren Ende der indischen Kastenhierarchie –, Frauen und Stammesgemeinschaften überproportional betroffen waren. Laut UCF entfiel fast die Hälfte aller Gewalttaten gegen Christen auf Uttar Pradesh und Chhattisgarh.

Trotz des Ausmaßes der Gewalt blieb eine Rechenschaftspflicht weitgehend aus. Von den fast 580 registrierten Vorfällen im Jahr 2025 wurden nur 45 polizeiliche Erstmeldungen (First Information Reports, FIRs) gegen die Täter erstattet, sodass 93 Prozent der Fälle ungestraft blieben. Umgekehrt wurden mehr als 230 FIRs gegen Christen erstattet, oft unter Berufung auf „Anti-Konversionsgesetze“, die gewaltsame oder betrügerische Konversionen verbieten.

Die UCF nannte Organisationen wie die hindu-nationalistischen Gruppen Bajrang Dal, Vishva Hindu Parishad und Janjati Suraksha Manch, die in Beschwerden aus den betroffenen Gebieten wiederholt erwähnt wurden.

Edgar sagte, dass die Anordnung des Obersten Gerichtshofs zwar ein positiver Schritt sei, aber keine vollständige Gerechtigkeit herstelle, da die Exhumierungen ein breiteres Muster der Diskriminierung widerspiegeln.

Er forderte Änderungen am Gesetz zur Religionsfreiheit von Chhattisgarh, das seiner Meinung nach missbraucht werde, um christliche Stammesangehörige zu schikanieren.

„Menschenrechtsgruppen empfehlen, diese Gesetze aufzuheben oder Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch hinzuzufügen, da sie unverhältnismäßig stark christliche Minderheiten ins Visier nehmen und freiwillige Konversionen ignorieren“, sagte er.

Edgar forderte außerdem eine Klarstellung, dass eine Religionskonversion nicht zum Verlust des Status als registrierte Stammesangehörige führt.

„Über 23 Begräbnisvorfälle allein im Jahr 2025 unterstreichen die systematische Gewalt durch Hindutva-Gruppen wie RSS und VHP, oft bei Untätigkeit der Polizei“, sagte Edgar und forderte die strafrechtliche Verfolgung der Täter nach den Antidiskriminierungsgesetzen.

Er plädierte für einen verstärkten Schutz im Rahmen des Gesetzes über registrierte Kasten und Stämme (Verhütung von Gräueltaten) von 1989 und forderte die Einrichtung gemeinsamer oder ausgewiesener Begräbnisstätten im gesamten Bundesstaat mit finanzieller Unterstützung und Aufsicht. Außerdem forderte er Unterstützung und Rehabilitation für vertriebene Familien, einschließlich Rechtshilfe, wirtschaftlicher Hilfe und Schutz vor sozialen Boykotten.

Die Umsetzung der Reformen erfordere politischen Willen, um dem wachsenden Einfluss hinduistischer Nationalisten entgegenzuwirken und die Verfassungsmäßigkeit gegenüber den Bräuchen der Mehrheit zu gewährleisten, so Edgar.

Die UCF forderte die Regierungen von Chhattisgarh und Odisha auf, Entschädigungs- und Rehabilitationspläne für vertriebene christliche Stammesangehörige umzusetzen. Sie forderte Disziplinarmaßnahmen gegen Polizeibeamte, die religiöse Minderheiten nicht schützen. Die Organisation forderte, dass jeder Dorfrat (gram panchayat) religionsneutrale „gemeinsame Friedhöfe“ unterhält, die für alle Einwohner zugänglich sind, und dass Beamte auf Bezirksebene ernannt werden, um sofortigen Polizeischutz bei Beerdigungen zu gewährleisten, bei denen es zu Spannungen kommen kann.

Rechtsanwältin Tehmina Arora unterstrich auf der Pressekonferenz die menschlichen Kosten. Sie erinnerte an den Fall Ramesh Baghel und sagte, dass seine Familie seit Jahrzehnten ihre Toten im selben Dorf beerdigt habe, ihm jedoch verboten worden sei, seinen Vater dort zu begraben.

„In dem Moment, in dem eine Familie am verletzlichsten ist, wird ihr gesagt: ‚Das ist nicht euer Platz‘“, sagte sie.

Die Regierung von Chhattisgarh hat noch nicht öffentlich auf die Mitteilung des Obersten Gerichtshofs oder die Vorwürfe reagiert. Die Verhandlung in dieser Angelegenheit war für vier Wochen nach dem 18. Februar angesetzt.

Die Petition fordert eine Erklärung, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion, Kaste oder ihrem Status als Angehörige einer registrierten Kaste/registrierten Stammesgruppe/anderer benachteiligter Klasse, ihre Verstorbenen in den Dörfern begraben dürfen, in denen sie leben. Darüber hinaus wird gefordert, dass alle Gram Panchayats angewiesen werden, bestimmte Bereiche für die Bestattung aller Gemeinschaften abzugrenzen, und dass der Staat Säkularismus und Brüderlichkeit hochhält, indem er so weit wie möglich gemeinsame Friedhöfe für alle Gemeinschaften fördert.

Der feindselige Ton der Regierung der National Democratic Alliance unter Führung der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party gegenüber Nicht-Hindus hat laut religiösen Rechtsaktivisten seit dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 hinduistische Extremisten in mehreren Teilen des Landes dazu ermutigt, Christen anzugreifen.

Indien belegte Platz 12 auf der Weltverfolgungsliste 2026 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, auf der die Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Vor Modis Amtsantritt lag Indien noch auf Platz 31.

<https://morningstarnews.org/2026/03/christians-in-india-told-to-convert-to-hinduism-for-burial-permission/>

Indonesien: Kirchenführer wegen „religiöser Hassrede“ inhaftiert.

Ein christlicher Führer in der Provinz West-Kaliman wurde am 18. Februar wegen Äußerungen über Mohammed, den Propheten des Islam, verhaftet ([wir berichteten](#)).

Die Polizei verhaftete Dedi Saputra, als er und seine Frau auf dem Heimweg waren, nachdem sie persönliche Gegenstände und Vorräte für die Kirche gekauft hatten, in der er im Dorf Suka Maju, Unterbezirk Sungai Betung, Regentschaft Bengkayang, tätig ist.

Polizisten aus Saputras Heimatprovinz Aceh nahmen ihn fest. Er wurde in der Polizeistation von Bengkayang und im regionalen Polizeipräsidium von Pontianak in der Provinz West-Kaliman inhaftiert, bevor er am 20. Februar zum Polizeipräsidium der Provinz Aceh geflogen wurde, berichtete die in Aceh ansässige Website Serambinews.com.

Nachdem Behörden und islamische Organisationen ihn wegen religiöser Diffamierung und Hassreden im Zusammenhang mit Videos, die er auf seinem Social-Media-Account gepostet hatte, angeklagt hatten, wurde er Berichten zufolge gemäß dem indonesischen Gesetz über elektronische Informationen und Transaktionen (ITE) und dem indonesischen Strafgesetzbuch (KUHP) wegen angeblicher Verbreitung religiöser Hassreden angeklagt.

Die Polizei in Aceh teilte mit, dass er zur Untersuchung im regionalen Polizeigewahrsam von Aceh festgehalten werde.

Saputra, ein ehemaliger Muslim, wurde laut MetroTv.com wegen angeblicher Beleidigung Mohammeds über seinen TikTok-Account @tersadarkan5758 verhaftet. Das Ende letzten Jahres hochgeladene Video wurde rund 1,9 Millionen Mal angesehen und löste in den sozialen Medien eine breite Reaktion aus.

In einem TikTok-Video, das von Kenzie De Jann Weringkukly bearbeitet und hochgeladen wurde, da der Account @tersadarkan5758 gelöscht wurde, behauptet Weringkukly, dass das von ihm hochgeladene Video der Grund für Saputras Verhaftung war. In dem Video beantwortet Saputra die Frage eines Internetnutzers zur Konversion zu einer anderen Religion mit den Worten: „Mohammed hatte, bevor er Prophet wurde, nur eine Frau, aber als er Prophet wurde, hatte er ein Dutzend Frauen.“

Weringkukly untermauert Saputras Erklärung mit einem Artikel aus dem Magazin Suara Muhammadiyah, in dem es heißt: „Vor seiner Prophezeiung (im Alter zwischen 25 und 40 Jahren) hatte der Prophet Mohammed, Friede sei mit ihm, nur eine Frau, Siti Khadijah bint Khuwaylid. Während dieser Zeit praktizierte er niemals Polygamie, und Khadijah war bis zu ihrem Tod seine einzige Frau. Einige Jahre nach seiner Prophezeiung hatte er 11 bis 13 Ehefrauen, bekannt als Ummahatul Mukminin (Pflegermütter der Gläubigen). Die meisten Ehen wurden aus sozialen und humanitären Gründen sowie zur Stärkung der Stammesbande in Medina geschlossen, wobei Khadijah (seine erste Frau) seine einzige Frau in Mekka war. Als er starb, hinterließ er neun Ehefrauen.“

Diese Aussage soll dazu beigetragen haben, die Wut unter den Muslimen zu schüren. Das Amt für Kommunikation, Information und Kryptografie der Provinz Aceh berichtete auf seiner offiziellen Website diskominfo.acehprov.go.id, dass die Regierung von Aceh zusammen mit mehreren islamischen Organisationen vereinbart habe, den Inhaber des TikTok-Kontos @tersadarkan5758 am 4. November bei der Regionalpolizei von Aceh anzuzeigen.

Die Entscheidung sei das Ergebnis eines Treffens mit verschiedenen Beamten, darunter Vertretern islamischer Organisationen und Jugendorganisationen aus Aceh, gewesen. Der Leiter des Islamischen Scharia-Amtes von Aceh, Zahrol Fajri, erklärte, dass bei dem Treffen die Bedenken der Gemeinschaft und islamischer Organisationen hinsichtlich der Kommentare von Saputra auf seinem TikTok-Konto angesprochen worden seien.

Der Fall wurde laut Beritaborneo.com bald unter der Nummer LP/B/357/XI/2025/SPKT/Aceh Police von Mohamad Rendi Febriansyah, dem Vorsitzenden der Aceh-Niederlassung des Regionalrats der indonesischen islamischen Studenten, zusammen mit Regierungsbeamten wie dem Islamischen Scharia-Amt von Aceh, der Zivilpolizei, der Scharia-Strafverfolgungsbehörde von Aceh und anderen islamischen Gemeinschaftsorganisationen gemeldet.

„Wir haben den Inhalt gemeldet, weil wir glauben, dass er die Gefühle von Muslimen verletzt hat“, sagte Rendi laut Berichten. „Das Video wurde außerdem weit verbreitet und hat Unruhe in der Gemeinschaft ausgelöst.“

Das Zentrum für interreligiöse Studien und Traditionen (CFIRST) forderte die Polizei auf, neutral zu bleiben und die Sicherheit von Saputra zu gewährleisten. CFIRST-Direktor Arif Mirdjaja sagte, dass das neue Strafgesetzbuch (Kitab Undang-Undang Hukum Pidana, KUHP), das am 2. Januar in Kraft getreten ist, keinen Artikel mehr über Blasphemie enthält.

„Im neuen Strafgesetzbuch wurde der Artikel über Blasphemie gestrichen, sodass Dedi nicht mehr wegen Blasphemie angeklagt werden kann“, sagte Arif am Sonntag (22. Februar).

Er sagte, der Fall könne einen negativen Präzedenzfall für die Religionsfreiheit schaffen.

„Religionsfreiheit ist ein unveräußerliches Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf“, sagte Arif. „Der Staat ist verpflichtet, allen Bürgern ohne Ausnahme Schutz zu garantieren.“

Als Reaktion auf den Instagram-Beitrag von TVOneNews schrieb der Besitzer des Facebook-Kontos Ibaupaulo, dass solche Fälle „das Fortschreiten dieses Landes verhindern, weil der Staat/die Regierung immer noch damit beschäftigt ist, den Glauben seiner Bürger zu verwalten ... aber seine Verantwortung für die Entwicklung der Humanressourcen und des Charakters vergisst“.

Deni Febrianus Nafi, Direktor des Ahavah Legal Aid Institute, wurde laut medialiterasi.com zum Anwalt der Familie Saputra ernannt.

Aceh liegt an der nördlichsten Spitze der Provinz Sumatra, grenzt an Singapur und Indien und verfügt über eine Sonderautonomie zur Umsetzung der Scharia (islamisches Recht). Die Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch, nur etwa 1,5 Prozent bekennen sich zum christlichen Glauben.

<https://morningstarnews.org/2026/02/christian-in-indonesia-arrested-for-comments-on-muhammad/>

Indonesien: „Wir leben in einer Zeit des interreligiösen Dialogs und beten gemeinsam für den Frieden“

sagt der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke

Jakarta (Fides) – „Wir erleben eine Zeit des reichen interreligiösen Dialogs zwischen Christen und Muslimen, der im Alltag der Menschen stattfindet, beispielsweise in den Pfarreien und lokalen Gemeinschaften. In Indonesien leben wir einen echten Dialog des Alltags, der sich in der Fastenzeit und im Ramadan deutlich zeigt“, so Pater Alfonsus Widhiwiryawan, Xaverianer-Missionar und Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Indonesien, dem bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Welt mit 275 Millionen Einwohnern, von denen 90 % dem Islam angehören und etwas mehr als 10 Millionen Katholiken sind.

„Es ist eine Zeit, die geprägt ist von Begegnungen, bei denen gemeinsam das Fasten gebrochen wird, und in einer Phase schwerer internationaler Spannungen, in der sich Muslime und Christen in Indonesien im Gebet für den Frieden vereinen“, so Pater Widhiwiryawan, „Der Frieden beginnt hier unter uns, in unserem Leben, und wir beten und engagieren uns dafür, dass er sich auf die ganze Welt ausbreitet, die von neuen Kriegen heimgesucht wird.“

Dieser Geist des Dialogs, des Gebets und des gemeinsamen Engagements für den Frieden wird am kommenden Freitag, dem 13. März, auch bei einem Treffen in Jakarta zum Ausdruck kommen, das vom Ausschuss für interreligiöse Beziehungen der indonesischen Bischöfe im Sitz der Bischofskonferenz in Jakarta organisiert wird. An dem Treffen nehmen der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Antonius Subianto Bunyamin (OSC) von Bandung weitere Bischöfe und Priester sowie islamische Religionsführer und Vertreter des Netzwerks „Gusduran“ teilnehmen, das von Abdurrahman Wahid (1940-2009) inspiriert ist, dem historischen indonesischen Präsidenten (auch bekannt als „Gus Dur“), einem großen Förderer des Dialogs und der Harmonie zwischen den Religionen. Das Netzwerk ist in 130 indonesischen Städten aktiv und setzt sich für die Förderung der interreligiösen Zusammenarbeit auf allen Ebenen ein.

Unter den interreligiösen Initiativen, an denen nicht nur Christen und Muslime, sondern auch Hindus beteiligt sind, nennt Pater Alfonsus den bevorstehenden „Tag der Stille“, des Fastens und der Meditation, das hinduistische „Nyepi“-Fest, das 2026 auf den 19. März fällt. Auf Bali, einer indonesischen Insel mit hinduistischer Mehrheit, wird der Tag auf Anordnung der Zivilbehörden von einer 24-stündigen totalen Sperre geprägt sein: keine Lichter, kein Verkehr, kein Internet, kein Lärm und keine Reisen (auch der Flughafen wird geschlossen).

„Man lebt Introspektion und Reinigung“, erklärt der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke, „aber diese Initiative bezieht auch muslimische und christliche Gläubige in einen Moment der Stille ein, der Besinnung und des Gebets“, betont er. „Und der gemeinsame Gedanke wird Frieden sein, Frieden im Herzen eines jeden und Frieden in der Welt“, bemerkt er. (PA) (Fides 6/3/2026)

Irak: Iranische Angriffe im Irak treffen auch christliche Einrichtungen

Missio Aachen: Drohnen zerstörten Gebäude einer chaldäisch-katholischen Pfarrei

Aachen/Erbil (IDEA) – Durch iranische Angriffe auf Ziele im nordöstlichen Teil des Iraks ist auch die christliche Minderheit des Landes in Mitleidenschaft gezogen. Das berichtet das katholische Hilfswerk missio Aachen unter Berufung auf lokale Partner. Besonders betroffen ist die mehrheitlich christlich geprägte Stadt Ankawa nahe dem Flughafen Erbil im kurdischen Autonomiegebiet. Dort schlugen iranische Drohnen auf dem Gelände der chaldäisch-katholischen Pfarrei St. Peter und Paul ein und zerstörten mehrere Einrichtungen. Zum Hintergrund: Am 28. Februar starteten Israel und die USA einen [Überraschungsangriff](#) gegen den Iran. Als Reaktion darauf griff der Iran US-Militärbasen in mehreren Ländern der Region an. Laut dem lokalen missio-Partner sind auch die militärischen Stützpunkte der USA sowie das US-Konsulat unweit von Ankawa Ziele der iranischen Drohnen und Raketen. Darüber hinaus berichten die Partner von Schäden an Anlagen zur Ölförderung und -verarbeitung sowie an Gasfeldern im kurdischen Autonomiegebiet und der Region um Dohuk. Zudem sei von dort die Ölausfuhr in Richtung Türkei gestoppt worden. Dies alles wirke sich bereits auf die Stromversorgung in der Region aus. Zugleich wachse die Sorge vor einer wirtschaftlichen Krise. Der Pressesprecher von missio Aachen, Johannes Seibel, erläuterte dazu: „Der Irak möchte nicht in diesen Krieg hineingezogen werden. Bisher sind auch noch keine Fluchtbewegungen wie im Libanon zu beobachten.“ Sollten jedoch kurdische Einheiten in die Kämpfe verwickelt werden oder Menschen aus dem Iran in den mehrheitlich schiitischen Süden des Iraks fliehen, könnte sich die Lage weiter zuspitzen. „Hier hoffen wir auf äußerste Zurückhaltung der kriegführenden Parteien“, so Seibel.

Iran: Christen im Iran unter Generalverdacht

Ein Interview mit Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin

Der Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin sieht Christen im Iran angesichts des Krieges mit den USA und Israel massiv unter Druck: Religiöse Minderheiten würden vom Regime gezielt als Sicherheitsrisiko und Sündenböcke markiert.

(Von epd/ 10. März 2026) FRANKFURT/MAIN (epd) – Der Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin blickt mit großer Sorge auf die Lage von Christen im Iran: Seit Beginn des Krieges mit den USA und Israel sei jeder Kontakt in die „freie Welt“ zur Lebensgefahr geworden, Untergrundgemeinden hätten ihre Treffen und digitale Gruppen eingestellt, sagte der frühere Sprecher der Menschenrechtsorganisation IGFM dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die gegen sie eingesetzte besondere Härte sei eine Machtdemonstration und ein Signal der islamistischen Führung an die Zivilgesellschaft. Der Historiker Lessenthin ist seit 2023 Mitherausgeber der Jahrbücher für Religionsfreiheit und Botschafter für Menschenrechte.

epd: Wie wirkt sich der aktuelle Konflikt mit den USA und Israel konkret auf den Alltag von Christen im Iran aus – etwa bei Überwachung, Verhaftungen oder Einschränkungen des Gemeindelebens?

Martin Lessenthin: Christen stehen – wie viele andere Iraner – an der Seite des Volkes und teilen dessen Leid und Hoffnung. Aktuell bedeutet jeder Kontakt in die freie Welt Lebensgefahr. Viele Christen haben sich an den Januar-Demonstrationen beteiligt. Unter ihnen hat es Verletzte und Tote gegeben. Etliche wurden verhaftet oder verschleppt. Das Gemeindeleben steht still.

Religiöse Minderheiten unter Generalverdacht

Inwiefern werden insbesondere Konvertiten und evangelikale Christen nach den jüngsten Militärschlägen noch stärker als „Sicherheitsrisiko“ oder gar als „Spione des Westens“ und „Zionisten“ stigmatisiert?

Die christlichen Untergrundgemeinden sind in größter Gefahr. Sie stehen unter Generalverdacht, so wie auch die Mitglieder der Bahai-Gemeinschaft, die wenigen Juden und Mandäer. Die gegen sie eingesetzte besondere Härte ist eine Machtdemonstration und ein Signal der islamistischen Führung an die Zivilgesellschaft.

Wie erleben iranische Christen die aktuelle Situation: Überwiegen Angst und Rückzug, oder berichten Gemeindeleiter auch von neuer Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen?

Die Ernennung von Modschtaba Chamenei, dem Sohn von Ali Chamenei, zum neuen obersten Führer ist ein fatales Zeichen für die religiösen Minderheiten. In den letzten Tagen sind fast alle Kontakte ausgesetzt. Untergrundgemeinden treffen sich nicht mehr. WhatsApp-Gruppen existieren nicht mehr, weil aus Angst vor den Revolutionsgarden alle Mitglieder ausgetreten sind. Die Gefahr ist zu groß.

Keine Abschiebungen

Was erwarten Menschenrechtsorganisationen jetzt konkret von westlichen Regierungen und auch von den Kirchen – etwa in Bezug auf Schutz von Konvertiten, Visaregelungen, diplomatischen Druck oder öffentliche Fürbitte- und Solidaritätsaktionen?

In einen Iran der Mullahs darf es keine Abschiebungen mehr geben. Dieses System will ihr Land in den Krieg führen und die Rückkehr des „verlorenen Propheten Mehdi“ provozieren, der dann den weltweiten islamischen Gottesstaat errichten soll. Nach einem Fall des Regimes und einem kriegerischen Konflikt wird es viele Opfer zu beklagen geben. Praktische Hilfe durch Ärzte und Traumatherapeuten wird nötig sein. Auch Christen benötigen solche Unterstützung, denn viele waren im Gefängnis und sind durch Haft und Folter traumatisiert.

Iran: Jüdischer Verbandsvertreter kritisiert „orientierungslose Kirchen“

Daniel Neumann wirft Kirchen moralische Gleichsetzung im Nahostkonflikt vor

Berlin (IDEA) – Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann (Frankfurt am Main), hat die Reaktionen großer Kirchen in Deutschland auf die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten scharf kritisiert. In einem Kommentar für die Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ (Berlin) vom 5. März wirft er ihnen Orientierungslosigkeit und eine moralische Gleichsetzung der Konfliktparteien vor. Es gehöre inzwischen „fast zum liturgischen Reflex“ der großen Kirchen in Deutschland, nach Gewaltausbrüchen im Nahen Osten sofort „Deeskalation“ zu fordern, schreibt Neumann. So habe die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischöfin Kirsten Fehrs (Hamburg), vor einer „Gewaltspirale aus Angriff und Vergeltung“ gewarnt. Der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Heiner Wilmer (Hildesheim), bete für alle Beteiligten gleichermaßen, während der Weltkirchenrat ein Ende der Kampfhandlungen und eine Rückkehr zum Dialog fordere. Diese Haltung entspreche zwar dem kirchlichen Selbstverständnis und klinge „fromm“ und „verantwortungsvoll“, so Neumann. Zugleich vermittele sie aber den Eindruck, als hätten die Kirchen „die letzten 47 Jahre iranischer Geschichte verpasst“.

Kein Konflikt zwischen gleichwertigen Parteien

Neumann betont, im aktuellen Konflikt gehe es nicht um gleichwertige Parteien, die sich gegenseitig in eine Eskalation hineingesteigert hätten. Vielmehr stehe ein „islamistisch-theokratisches Regime“ im Mittelpunkt, das seit Jahrzehnten seine eigene Bevölkerung unterdrücke und dessen Außenpolitik von der Vernichtungsdrohung gegen Israel und der Dämonisierung der USA geprägt sei. Zugleich erinnert der Jurist an iranische Stellvertretergruppen im Nahen Osten, darunter die Hamas, die Hisbollah, die Huthis sowie schiitische Milizen in Syrien und im Irak, die von Teheran finanziert, bewaffnet und trainiert würden. Die Haltung vieler Kirchenleitungen wirke, als hielten sie „moralische Äquidistanz“ für eine christliche Tugend, kritisiert Neumann. Doch moralische Gleichsetzung sei keine Neutralität, sondern „Blindheit“. Wer gegenüber einem Regime, das Eskalation zur Staatsräson erhoben habe, vor allem Deeskalation fordere, riskiere letztlich die Fortsetzung von Angst, Leid und Unfreiheit. Zwar sei der Wunsch der Kirchen nach Frieden ehrenwert, räumt Neumann ein. Wer Frieden predige, ohne die „Feinde der Freiheit“ klar zu benennen, verliere jedoch nicht nur die Orientierung im Nahen Osten, sondern auch den moralischen Kompass.

Iran: Sorge um die Sicherheit von Häftlingen im Evin-Gefängnis

IIRF-D/BA/Tübingen/12.03.26 - Kontakte von Barnabas Aid im Nahen Osten haben sich verschiedenen Menschenrechtsorganisationen angeschlossen, um Alarm zu schlagen für die Häftlinge im Evin-Gefängnis in der iranischen Hauptstadt Teheran.

Unter den politischen Gefangenen in Evin befinden sich viele Christen, da farsi (persisch) sprechende Gläubige von den iranischen Behörden sowohl als Abtrünnige als auch als Gefahr für die nationale Sicherheit angesehen werden.

Der Iran Human Rights Monitor (IHRM) berichtet von einem „vollständigen Zusammenbruch der Verwaltungs- und Managementstruktur im Evin-Gefängnis“, wodurch die Insassen ohne Zugang zu Nahrung oder medizinischer Versorgung festgehalten werden.

Mehr als 60 Christen gehören zu den Insassen des Evin-Gefängnisses, die unter Nahrungsmittelknappheit, mangelnder medizinischer Versorgung und anderen potenziellen Misshandlungen leiden.

Eine weitere Gruppe von Menschenrechtsexperten hat Bedenken geäußert, dass Gefangene nun der Gefahr einer „beschleunigten“ Hinrichtung ausgesetzt sind. Andere sind „ernsthaft von Folter, Misshandlung und Verschleppung bedroht“.

Die Besorgnis folgt auf gemeinsame US-amerikanisch-israelische Angriffe auf den Iran, die am 28. Februar begannen und zum Tod des Obersten Führers Ali Khomeini führten.

Raketen haben das Gebiet um das Gefängnis getroffen. Die Insassen haben keine Möglichkeit zu fliehen oder sich in Sicherheit zu bringen.

„Nach den vorliegenden Erkenntnissen“, berichtet IHRM, „haben die Verwaltungsangestellten ihre Posten verlassen und damit praktisch jede Aufsicht über die Versorgung der Gefangenen mit lebensnotwendigen Gütern eingestellt. Diese Situation hat Hunderte von politischen und ideologischen Gefangenen, die in einer geschlossenen Umgebung ohne Möglichkeit zur Selbstverteidigung oder Selbstversorgung festgehalten werden, in ernsthafte und unmittelbare Gefahr gebracht.“

Einige Gefangene, denen es gelungen ist, Nachrichten aus dem Gefängnis zu übermitteln, gaben an, dass sie nur Zugang zu „trockenem Brot und Wasser“ haben und dass diese Vorräte begrenzt sind.

Die iranischen Behörden sind bekannt dafür, politische Gefangene in Evin zu misshandeln und zu foltern.

Es wird angenommen, dass mehr als 60 Christen entweder Haftstrafen verbüßen oder im Evin-Gefängnis inhaftiert sind und auf ihren Prozess wegen ihres Glaubens warten. Zu den christlichen Gefangenen im Evin-Gefängnis gehören Joseph Shahbazian und Naser Navard Gol-Tapeh, Hakop Gochumyan und Mina Khajavi.

Einige wurden vorübergehend verletzt, als das Evin-Gefängnis während des Zwölfjährigen Krieges im Juni 2025 angegriffen wurde.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/serious-concerns-for-safety-of-christians-and-others-held-in-evin-prison/>

Libanon: Nach dem Tod von Pfarrer EL-Rahi

Christen im Süden zwischen Evakuierungsdruck und dem Wunsch zu bleiben

Beirut (Fides) – In Friedenszeiten wurde es von Reiseveranstaltern zu Recht in die Liste der „schönsten libanesischen Dörfer“ aufgenommen. Heute Morgen sah man in Alma al Chaab, wie seine ausschließlich christlichen Familien unter dem Schutz von UNIFIL-Soldaten in ihre Autos stiegen und das geliebte Dorf verließen. Es war eine schwere Entscheidung, nachdem sie sich tagelang geweigert hatten, den Anweisungen der israelischen Armee zu folgen, die die Bewohner der Dörfer im Südlibanon zur Evakuierung drängte, nachdem sie in libanesisches Gebiet eingedrungen war, um Stellungen und Mitglieder der mit der schiitischen Hisbollah-Partei verbundenen Milizen anzugreifen.

Die Evakuierung von Alma El-Chaab erfolgte wenige Stunden nach der Ermordung des maronitischen Priesters Pierre EL-Rahi, Pfarrer der Kirche St. Georg im Dorf al Qlayaa, der gestern von israelischen Soldaten getötet wurde, nachdem er einigen seiner Gemeindemitglieder zu Hilfe gekommen war, die in einem von der israelischen Armee beschossenen Haus verletzt worden waren.

Weniger als zwei Stunden vor seinem Tod hatte Pfarrer EL Rahi in einem Telefoninterview, das vom Fernsehsender „Tele Lumiere“ ausgestrahlt wurde, seine feste Absicht und die der Einwohner von al Qlayaa bekräftigt, ihr Dorf nicht zu verlassen: „Sonst würde man die Hoffnung auf eine Rückkehr verlieren“, hatte Pfarre EL-Rahi erklärt. Das Gleiche gilt für die Dörfer Debel, Ain Ebel und Rmeish, während bereits vor der Evakuierung von Alma El Chaab die Bewohner des Dorfes Kawzah beschlossen hatten, ihre Häuser zu verlassen, als die israelische Armee in den Libanon einmarschierte.

Die Beerdigung von Pater Pierre EL Rahi findet morgen statt.

„Das Geschehene“, so Toni Elias, Priester des Dorfes Rmeish, gegenüber der Fides, „veranlasst uns dazu, noch wachsamer zu sein, um alles zu verhindern, was das Dorf gefährden könnte“.

Gestern Abend drückte auch Papst Leo XIV. über den Telegram-Kanal des Presseamts des Heiligen Stuhls seine „tiefe Trauer“ aus, über „alle Opfer der Bombenangriffe der letzten Tage im Nahen Osten, über die vielen Unschuldigen, darunter viele Kinder, und über diejenigen, die ihnen Hilfe leisteten, wie Pater Pierre EL-Rahi“.

(GV) (Fides 10/3/2026)

Mosambik: Zwei Christen ermordet

IIRF-D/BA/Tübingen/12.03.26 - Zwei Christen wurden am 23. Februar in Cabo Delgado im Norden Mosambiks von Islamisten gefangen genommen und getötet.

Der Islamische Staat Mosambik (IS-M) beanspruchte in einem Social-Media-Beitrag die Tat für sich.

Die beiden Christen wurden auf ihrer Reise nach Congresso im Bezirk Macomia in Cabo Delgado verschleppt.

In den letzten Monaten haben die Aktivitäten des IS-M im Bezirk Macomia viele Einwohner dazu gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen und in der Bezirkshauptstadt Zuflucht zu suchen. Der IS-M kontrolliert nach wie vor das Verwaltungsgebiet Quiterajo in der Provinz.

Seit Beginn der Aufstände im Oktober 2017 haben die Islamisten schätzungsweise 2.000 Christen in Cabo Delgado getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/two-christians-captured-and-killed-by-islamists-in-northern-mozambique/>

Naher Osten: Iranischer Erzbischof gerettet, libanesischer Priester gestorben

Von den Kämpfen im Nahen Osten sind auch Christen betroffen. Ein libanesischer Priester ist wohl durch einen israelischen Kampfjet-Angriff ums Leben gekommen. Der Erzbischof von Teheran musste nach Italien ausgeflogen werden.

(Von Johannes Blöcher-Weil vom 10. März 2026 aus KEP) Im Iran sind die Christen bedroht, auch im Libanon fiel ein Geistlicher Angriffen zum Opfer

Um dem Krieg zu entfliehen, ist der katholische Erzbischof von Teheran nach Rom ausgereist. Wie verschiedene Medien berichten, ist Kardinal Dominique Mathieu mit dem Personal der italienischen Botschaft ausgeflogen worden. Der einzige Priester seiner Ortskirche im Iran ist für etwa 1.300 Katholiken vor Ort zuständig. Seit Beginn der US-amerikanischen und israelischen Luftangriffe war der Kontakt zu ihm abgerissen.

Mathieu gehört dem franziskanischen Minoritenorden an. Papst Franziskus ernannte ihn 2021 zum Leiter des Erzbistums Teheran-Isfahan und machte ihn 2024 zum Kardinal.

Tödlich verliefen der Krieg für den libanesischen Priester Pierre Raï. Er soll bei einem israelischen Angriff auf das christliche Dorf Kalajaa im Süden des Landes getötet worden sein. Die israelische Armee begründete ihr Vorgehen damit, eine Hisbollah-Terrorzelle im Südlibanon entdeckt und angegriffen zu haben.

„Zentrale Stütze der Christen in der Region“

[Radio Vatikan](#) zitiert den Geistlichen Pater Toufic. Demzufolge soll der Priester nach dem Beschuss eines Hauses zu Hilfe geeilt sein, als ein zweiter Luftschlag erfolgte. Dabei wurde der 50-jährige Priester so schwer verletzt, dass er auf dem Weg ins Krankenhaus starb. Laut Radio Vatikan galt der Theologe als „zentrale Stütze der Christen in der Region des multikonfessionellen Staats“.

Papst Leo war im Dezember zu seiner ersten Auslandsreise im Libanon, wo er zum Frieden aufrief. Angesichts der aktuellen Ereignisse drückte er sein tiefes Mitgefühl für die Opfer und die vielen unschuldig Getöteten aus. Er bete dafür, dass die Feindseligkeiten so bald wie möglich ein Ende finden.

Nepal: Christen sind nach den Wahlen vorsichtig optimistisch

- Die Christen in Nepal blicken mit Unsicherheit auf die Ergebnisse der Wahlen vom 5. März. Dennoch hoffen viele, dass die neue Regierung die Religionsfreiheit achten und Sicherheit vor Bedrohungen durch extremistische Gruppen bieten wird.

Diese Besorgnis hat ihre Wurzeln in der jüngeren Geschichte: Die kleine christliche Minderheit Nepals wurde durch ICC-Nachrichten Anti-Konversionsgesetze ins Visier genommen und litt unter Einschüchterungen und Gewalt durch Extremisten.

In diesem politischen Klima fanden am 5. März in Nepal Parlamentswahlen statt, um 275 Mitglieder des Repräsentantenhauses zu wählen. Die Rashtriya Swatantra Party gewann 125 der 165 Sitze bei der Direktwahl in Nepals Parlamentswahlen, nachdem die Auszählung der Stimmen nach dem Mehrheitswahlrecht (FPTP) am Dienstag abgeschlossen war, und befindet sich damit in einer starken Position, um eine Mehrheitsregierung zu bilden.

„Die Ergebnisse sind unerwartet“, sagte Pastor Tamang gegenüber International Christian Concern (ICC). „Obwohl das Ergebnis verwirrend ist, bleiben wir hoffnungsvoll, zumal der Einfluss der pro-hinduistischen nationalistischen Parteien offenbar abnimmt.“

Ein anderer Christ, der anonym bleiben wollte, äußerte sich besorgt: „Christen könnten unter dem neuen Regime noch mehr leiden. Die Herausforderungen könnten größer werden, da aggressive rechte Gruppen versuchen, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.“

Trotz dieser Bedenken sehen einige Gläubige das Wahlergebnis jedoch als positive Entwicklung an.

„Jeder Christ sollte sich über den Machtwechsel in unserem Land freuen“, sagte ein junger Christ. „Bei diesen Wahlen ging es um Themen wie Korruption und Arbeitslosigkeit im Gegensatz zur Schaffung eines Hindu-Königreichs. Das Volk hat jedoch die Kräfte der Korruption abgelehnt und strebt nun nach sinnvollen Reformen und der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Nigeria: Islamisten töten in Militärkleidung

IIRF-D/BA/Tübingen/09.03.26 - Islamistische Militante haben bei einer Reihe von Angriffen im Bundesstaat Adamawa im mittleren Gürtel Nigerias 25 Christen getötet.

Der jüngste Angriff ereignete sich am 24. Februar, als zwischen 50 und 100 bewaffnete Männer der Islamischen Staat Westafrika Provinz (ISWAP) in nigerianischer Militärkleidung gleichzeitig in zwei christlichen Bauerndörfern im Verwaltungsbezirk Madagali (LGA) eintrafen.

Achtzehn Gläubige wurden in Kirchinga getötet, sieben weitere in Garaha. Zwei Tage später wurden vier weitere Leichen aus den umliegenden Büschen geborgen.

Dies war der fünfte derartige Angriff seit Oktober 2025 auf Madagali, die Heimatstadt des Gouverneurs des Bundesstaates Adamawa, Ahmadu Umaru Fintiri. Unter den Toten befand sich auch Bademi Papka, ein Dorfvorsteher und Cousin des Gouverneurs.

Während der Angriffe wurden Häuser zerstört, Vieh geraubt und Frauen und Kinder entführt.

Zeugen identifizierten ISWAP als die für die Morde verantwortliche Gruppe.

„Sie begannen, auf Menschen zu schießen, die unter einem Baum in der Nähe des Marktes saßen. Viele wurden erschossen, während wir in Richtung Berge flohen“, berichtete ein Überlebender.

„Normalerweise sind es ISWAP, die diese Angriffe durchführen“, sagte er und fügte hinzu: „Das Markenzeichen von ISWAP ist es, in eine Gemeinde zu gehen, Christen zusammenzutreiben und sie zu töten.“

Madagali ist eine besonders gefährdete, überwiegend christliche Enklave im Bundesstaat Adamawa, die zwischen dem südlichen Bundesstaat Borno und der Grenze zu Kamerun liegt. Sie befindet sich am Rande des Sambisa-Waldes, von wo aus sowohl ISWAP als auch Boko Haram wiederholt Operationen gestartet haben. Die isolierte Lage Madagalıs macht es zu einem leichten Angriffsziel, da militärische Unterstützung nicht sofort in das Gebiet gelangen kann, um auf einen Notfall zu reagieren.

David Idah, Direktor der Internationalen Menschenrechtskommission, erinnerte unmissverständlich an das Muster früherer Angriffe in der Region.

„Was wir in Madagali sehen, ist keine willkürliche Gewalt“, sagte er. „Es ist systematisch, koordiniert und richtet sich gegen christliche Bauergemeinden, die keinen nennenswerten Schutz haben.“

Fünf Angriffe in fünf Monaten stellen eine strategische Ausrottungskampagne dar.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/islamists-kill-25-christians-in-adamawa-state-nigeria/>

Nigeria: US-Kommission warnt vor religiöser Gewaltkrise

Seit 2009 sind bereits 53.000 Menschen ermordet worden

Washington (IDEA) – „Nigeria befindet sich in einer erschreckenden Krise religiöser Gewalt.“ Zu diesem Schluss kommt der aktuelle Jahresbericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF). Er wurde am 4. März vorgestellt. Die USCIRF-Vorsitzende Vicky Hartzler (Washington) erklärte, viele Menschen litten weiterhin unter schweren Verletzungen der Religionsfreiheit und Gewalt durch nichtstaatliche militante Gruppen. Davon seien sowohl christliche als auch muslimische Gemeinschaften betroffen. Die USCIRF stuft Nigeria 2009 erstmals als „besonders besorgniserregendes Land“ (Country of Particular Concern) ein. Seitdem seien 53.000 Zivilisten durch die herrschende Gewalt im Land ums Leben gekommen, davon 21.000 allein in den vergangenen fünf Jahren, heißt es im jüngsten Bericht. Millionen Menschen hätten ihre Häuser und Gemeinden verlassen müssen.

Vielfältige Auslöser für Gewalt

Auslöser für diese „Katastrophe“ seien verschiedene Faktoren: „Religiös motivierte extremistische Gewalt; lange ungelöste wirtschaftliche und ethnische Spannungen; korrupte Blasphemiegesetze auf Landesebene; und jahrelange unzureichende Reaktion sowie weit verbreitete Korruption in der nigerianischen Regierung.“ Die Folge sei „ein Klima der Angst“ sowie ungezügelte religiöse Angriffe, bei denen Schulkinder entführt und getötet würden. Laut Bericht ist die politische Lage in Nigeria von großen Sicherheitsproblemen und wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt. Das Umfeld für Religionsfreiheit in Nigeria sei in Bezug auf seine gewalttätige und komplexe Konstellation aus religiösen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren einzigartig. Doch es sei repräsentativ für die alarmierende Hartnäckigkeit von Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, unter denen Millionen von Menschen auf der ganzen Welt weiterhin leiden. Nigeria ist mit über 230 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa jeweils 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime. Auf dem Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt es Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Handlungsempfehlungen für das US-Außenministerium

Als weitere Länder, in denen die Regierungen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder dulden, nennt der Bericht Afghanistan, Algerien, Aserbaidschan, Ägypten, China, Eritrea, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Kasachstan, Katar, Kirgistan, Kuba, Libyen, Malaysia, Myanmar, Nicaragua, Nordkorea, Pakistan, Russland, Saudi Arabien, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, Türkei und Usbekistan. Die Kommission veröffentlicht seit 2000 eine solche Liste und gibt dem US-Außenministerium Handlungsempfehlungen. Dazu gehört u. a., bei diplomatischen Kontakten verstärkt den Schutz der Religionsfreiheit einzufordern.

Pakistan: Neues Beispiel für Missbrauch des „Blasphemie-Vorwurfs“

IIRF-D/BA/Tübingen/09.03.26 - Eine christliche Familie in Punjab, Pakistan, wurde mit dem Vorwurf der „Blasphemie“ bedroht, falls sie versuchen sollte, ihr Haus zurückzufordern, das angeblich von einem muslimischen Nachbarn beschlagnahmt wurde.

Sarwar Masih sagt, dass das Anwesen in Gujranwala seit 70 Jahren das Zuhause seiner Familie ist.

Die neuen Bewohner haben islamische Banner, Koranverse und Bilder von Medina (einer für Muslime heiligen Stadt in Saudi-Arabien) angebracht. Seit dem 23. Februar drohen die Besetzer damit, gegen jeden, der versucht, sich Zugang zum Anwesen zu verschaffen, eine Anzeige wegen „Blasphemie“ zu erstatten.

Die Besetzer sollen auch einen Hinweis angebracht haben, in dem sie erklärten, dass jeder, der versuche, die Tür zu öffnen, der Entweihung islamischen Materials beschuldigt werde, und warnten, dass die Häuser in der Umgebung in Brand gesetzt würden, wenn irgendwelche Maßnahmen ergriffen würden.

Die berüchtigten „Blasphemiegesetze“ Pakistans werden oft dazu benutzt, falsche Anschuldigungen zu erheben, um persönliche Fehden zu begleichen. Christen und andere religiöse Minderheiten sind besonders gefährdet, und die unteren Gerichte geben in der Regel den Aussagen von Muslimen den Vorzug, in Übereinstimmung mit der Scharia (islamisches Recht).

Anschuldigungen wegen „Blasphemie“ lösen häufig Gewalt durch den Mob und sogar Morde aus.

Ein 50-jähriger muslimischer Nachbar, Muhammad Shahid, bestätigte, dass er die christliche Familie seit seiner Kindheit kenne und dass sie die rechtmäßigen Eigentümer des Grundstücks seien.

Eine Untersuchung von Human Rights Focus Pakistan (HRFP) ergab, dass die Familie seit mehr als 70 Jahren in dem Haus lebt und dass ihr Eigentumsrecht nie in Frage gestellt wurde.

„Es ist nicht das erste Mal, dass Landräuber angeblich mit Blasphemievorwürfen drohen, um christliche Familien zum Schweigen zu bringen und sie zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen“, sagte Naveed Walter, Präsident von HRFP.

„In vielen Fällen werden die Opfer angegriffen, isoliert und gezwungen, umzuziehen, anstatt Gerechtigkeit zu suchen“, erklärte er.

Walter fügte hinzu, dass die Polizei es versäumt habe, eine erste Anzeige (First Information Report, FIR) gegen den Beschuldigten wegen illegaler Besetzung aufzunehmen.

Menschenrechtsaktivisten haben wiederholt den Missbrauch der pakistanischen „Blasphemie“-Gesetze kritisiert, insbesondere der Abschnitte 295-A, 295-B und 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches, da diese religiöse Minderheiten unverhältnismäßig stark benachteiligen.

Im November 2025 wurden zwei christliche Krankenschwestern, die mehr als vier Jahre zuvor der „Blasphemie“ beschuldigt worden waren, endlich freigesprochen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/blasphemy-accusation-threatened-after-christians-home-seized-in-gujranwa/>

Schweden: Christliche Eltern scheitern in Straßburg mit Beschwerde

Schwedische Behörden entzogen dem Ehepaar zwei Kinder

Straßburg (IDEA) – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat die [Klage](#) eines christlichen Ehepaares gegen die schwedischen Behörden als unzulässig abgewiesen. Das berichtet die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International, die die siebenfachen Eltern Daniel und Bianca Samson juristisch unterstützt. Zum Hintergrund: Das Paar stammt aus Rumänien und lebt seit rund zehn Jahren in Schweden. Die dortigen Behörden hatten im Dezember 2022 eine elf- und eine zehnjährige Tochter der Samsons in Obhut genommen. Auslöser war eine Missbrauchsbehauptung der Elfjährigen in der Schule. Später zog das Mädchen die Vorwürfe zurück. Laut ADF fand auch die Staatsanwaltschaft keine Hinweise auf Kindesmisshandlung und stellte die Ermittlungen schließlich ein. Dennoch verweigerten die Behörden die Rückführung der Kinder in die Familie und warfen den Eltern „religiösen Extremismus“ vor. Als Beleg dienten unter anderem die regelmäßige Teilnahme der Familie an Gottesdiensten an drei Tagen in der Woche sowie die Verweigerung von Make-up, eines Mobiltelefons und bestimmter Kleidung durch die Eltern. Das Ehepaar reichte nach einem jahrelangen Sorgerechtsstreit im Oktober 2025 Klage ein. Sie sahen ihre elterlichen Rechte durch den schwedischen Staat schwerwiegend verletzt.

Rechtsberater bedauert Entscheidung

Laut ADF erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Fall für unzulässig, da die Rechtsmittel in Schweden nicht ausgeschöpft wurden. Das Gericht habe darauf hingewiesen, dass Fragen im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit vor nationalen Gerichten aufgeworfen werden könnten. Diese Option sei dem Ehepaar offen gestellt worden. Die Anwälte von ADF International prüfen gemeinsam mit den Samsons die Entscheidung und erwägen weitere Schritte, heißt es. Der Rechtsberater von ADF International, Guillermo A. Morales Sancho (Wien), bedauerte die Entscheidung des Gerichts, „da diese Familie seit über drei Jahren auseinandergerissen ist, obwohl eine umfassende Untersuchung Herrn und Frau Samson von jeglichem Missbrauch freigesprochen hat“. Das schwedische Sozialwesen habe nach einer offiziellen Schulung die Eignung der Eltern bestätigt. Laut ADF kommt es in Europa immer wieder zu ähnlichen Fällen von Kompetenzüberschreitungen in familienrechtlichen Entscheidungen durch staatliche Behörden. So habe der EGMR mehrere Staaten – darunter Spanien, Portugal, Italien, Kroatien und Rumänien – wiederholt wegen systemischer Verstöße in Familientrennungs- und Kinderschutzfällen verurteilt.

Sudan: Krieg gegen den Iran wirkt sich auf die Lage im Sudan aus

Khartum (Fides) – Der Sudan ist ein weiteres Schlachtfeld im Kampf zwischen dem israelisch-amerikanischen Bündnis und dem Iran. Dies geht aus der Einstufung der sudanesischen Muslimbruderschaft als „terroristische“ Gruppe durch die Vereinigten Staaten hervor, die ihr vorwerfen, Unterstützung vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) des Iran zu erhalten.

„Die sudanesische Muslimbruderschaft wendet ungezügelter Gewalt gegen Zivilisten an, um die Bemühungen zur Lösung des Konflikts im Sudan zu untergraben und ihre gewalttätige islamistische Ideologie zu fördern“, erklärte Außenminister Marco Rubio in einer an diesem Montag (9. März) veröffentlichten Erklärung. Am Tag zuvor, am Sonntag, dem 8. März, hatten die sudanesischen Behörden nach dreimonatiger Haft einen bekannten islamistischen Vertreter freigelassen, der seine Unterstützung für den Iran bekundet hatte. Zuvor hatte der Chef der sudanesischen Streitkräfte (Sudan Armed Forces, SAF), Abdel Fattah al-Burhan, die Anführer der islamistischen Brigaden und Fraktionen, die an der Seite der Armee kämpfen, davor gewarnt, Aufrufen zu folgen, sich dem Iran in seinem Krieg gegen die Vereinigten Staaten und Israel anzuschließen. Die Entscheidung der Trump-Regierung wurde von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate begrüßt, die die „Rapid Support Forces“ (RSF) unterstützt, die Milizen, die gegen die Regierung in Khartum kämpfen und ihrerseits bereits unter US-Sanktionen stehen.

In dem derzeitigen Konflikt im Sudan spielen die Muslimbrüder eine wichtige Rolle, da mehrere ihrer Mitglieder in die SAF integriert sind. Laut einem Bericht des äthiopischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten hat die sudanesische Armee seit Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2023 etwa 15.000 Kämpfer einer mit der Muslimbruderschaft verbundenen bewaffneten Miliz in ihre Reihen aufgenommen. In seiner Analyse äußert das äthiopische Institut Besorgnis über die mögliche Umwandlung der SAF, die das Rückgrat des sudanesischen Staates bilden, in ein Militärkorps, das der islamistischen Ideologie angehört, oder über die Schaffung alternativer Befehlsketten innerhalb der SAF, die denen der Regierung entgegenstehen.

Äthiopien ist jedoch kein neutraler Zuschauer, da es mit Khartum und Kairo (das die SAF unterstützt) einen Streit über den Staudamm am Nil hat. Laut türkischen Quellen (die Regierung in Ankara ist der andere große Verbündete der SAF) soll Äthiopien zum neuen Logistikzentrum der Vereinigten Arabischen Emirate geworden sein, um die RSF zu bewaffnen, nachdem die das Land gezwungen war, die eigenen Aktivitäten in Libyen, Puntland und im Tschad zurückzufahren. Den Quellen zufolge hat Äthiopien an der sudanesischen Grenze ein Lager für die RSF eröffnet, und die Drohnenangriffe gegen den Sudan würden von seinem Territorium aus koordiniert.

Der sudanesischer Krieg ist somit ein Konflikt, an dem mehrere Staaten der Region beteiligt sind, die oft scheinbar bizarre Allianzen bilden. So stellen beispielsweise die Vorwürfe der US-Regierung gegenüber dem Iran, die mit den SAF verbündete sudanesische Muslimbruderschaft zu unterstützen, Teheran an die Seite von Ägypten, die Türkei, Katar und Saudi-Arabien; die beiden letztgenannten Länder sind nun nach dem von Israel und den Vereinigten Staaten am 28. Februar ausgelösten Krieg Ziel iranischer Bombardierungen.

(L.M.) (Fides 10/3/2026)

Südsudan: Pastor ermordet

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/09.03.26 - Ein Pastor einer Kirche in der Nähe von Juba, der Hauptstadt des Südsudan, wurde am 19. Februar entführt und später getötet, wie ein Verwandter mitteilte.

Die Leiche von Pastor Lino Pasquale von der Hai Baraka Pentecostal Church wurde am Mittwoch (25. Februar) gefunden, nachdem er beim Angeln an einem Fluss in Gondokoro, 10 Kilometer von Juba entfernt, entführt worden war, wie ein Familienmitglied, das anonym bleiben wollte, mitteilte.

Pastor Pasquale wurde „von unbekanntem Bewaffneten ins Visier genommen und getötet“, teilten Führer der Sudan Pentecostal Church (SPC) in einer Erklärung am Mittwoch (25. Februar) mit. Nach einer qualvollen Suche bestätigten Familienangehörige und Kirchenvertreter, dass seine Leiche am Mittwochmorgen in der Gegend gefunden wurde.

„Diese feige Tat hat unsere Kirchengemeinde schockiert, untröstlich gemacht und in tiefe Trauer versetzt“, erklärten die Mitglieder des Juba Area Board der Kirche in ihrer Stellungnahme. „Wir verurteilen diese abscheuliche und gezielte Tötung auf das Schärfste.“

Sie forderten die Regierung des Südsudans und alle Sicherheitsbehörden auf, eine sofortige, gründliche und unparteiische Untersuchung durchzuführen.

„Solche Taten sind vor Gott böse und nach den Gesetzen der Menschheit und der Republik Südsudan inakzeptabel“, sagten die Kirchenführer. „Wenn solche Verbrechen nicht entschlossen bekämpft werden, kann dies schwerwiegende Folgen für den Frieden, die Gerechtigkeit und die Stabilität unseres Landes und seiner Bevölkerung haben.“

Gemeindemitglieder und Familienangehörige versammelten sich am Mittwochnachmittag (25. Februar) auf dem Kirchengelände im Stadtteil Hai Baraka westlich von Juba, um den Kirchenleiter zu trauern, der als großer Diener Gottes, treuer Hirte und Mann beschrieben wurde, der sich ganz der Arbeit des Evangeliums verschrieben hatte, so die Kirchenführer.

Der Mord war kein Einzelfall. Am 14. Januar wurde laut Martin Mogga, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Africa Inland Church (AIC), der hochrangige Kirchenführer Christopher Maring ermordet. Pastor Maring wurde gegen 19:30 Uhr in seinem Haus im Vorort Gudele von unbekanntem Bewaffneten erschossen.

Kirchenführer in der Region fordern zunehmend einen besseren Schutz und die Untersuchung gezielter Morde, da die Motive für die Angriffe von den lokalen Behörden offiziell als „unbekannt“ bezeichnet werden.

<https://morningstarnews.org/2026/02/unknown-gunmen-kill-pastor-in-south-sudan/>

Ukraine: Hunderte von Kirchen durch russische Streitkräfte zerstört

ICC-Nachrichten - Laut einem Bericht, der Anfang dieses Jahres von Mission Eurasia, einer außerkirchlichen Organisation, die sich der Unterstützung von Kirchen in und um die Ukraine widmet, veröffentlicht wurde, haben russische Streitkräfte seit Beginn der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 mindestens 737 religiöse Gebäude beschädigt oder zerstört.

Während es sich bei den meisten um Kirchen handelte, wurden auch Moscheen, Synagogen und andere religiöse Stätten angegriffen.

Von den 737 betroffenen Gebäuden waren etwa 450 Baptistenkirchen. Baptisten sind zwar die größte evangelikale Bevölkerungsgruppe in der Ukraine, machen aber nur 1 % bis 2 % der Gesamtbevölkerung aus, was darauf hindeutet, dass die russischen Streitkräfte in ihrer gewaltsamen Kampagne in der Ukraine möglicherweise gezielt gegen Baptisten vorgehen.

Ein viel beachteter Fall betraf den Baptistenpastor Sergej Iwanow, der einer Gemeinde im besetzten Süden der Ukraine diente. Laut kirchlichen Netzwerken und Menschenrechtsbeobachtern nahmen russische Streitkräfte Ivanov fest, nachdem sie ihn beschuldigt hatten, mit den ukrainischen Behörden zu kooperieren und sich zu weigern, seine Kirche gemäß den russischen Vorschriften registrieren zu lassen.

Mitglieder von Ivanovs Gemeinde berichteten, dass Gottesdienste unterbrochen wurden und das Kirchengebäude während der Vernehmung des Pastors praktisch geschlossen wurde. Der Fall spiegelt einen allgemeinen Trend wider, baptistische und evangelikale Gemeinschaften unter Druck zu setzen, von denen sich viele weigern, sich der von der Besatzungsmacht auferlegten Aufsicht über religiöse Angelegenheiten zu unterwerfen.

In einigen Fällen kann die Zerstörung jedoch auch zufällig sein. Im Gespräch mit der Baptist Press hob Igor Bandura von der Ukrainischen Baptistenunion die weitreichende Zerstörung hervor, die durch die einfallenden russischen Truppen verursacht wurde.

„Alles ist zerstört“, sagte er. „Nicht nur Kirchen, sondern auch Dörfer, Städte, alles ist zerstört. Es gibt dort kein Leben mehr. Alle sind geflohen, und alles ist zerstört.“

Manchmal konzentriert sich die russische Aggression auf Kirchen innerhalb der orthodoxen Kirche, die die wichtigste Konfession des Landes ist. Während des gesamten Krieges hat die russisch-orthodoxe Kirche versucht, ihre Autorität über die ukrainisch-orthodoxe Kirche auszuüben, was viele Konfessionen dazu veranlasste, zur unabhängigen ukrainischen Orthodoxen Kirche der Ukraine überzuwechseln.

Russische Beamte haben offen Strukturen übernommen, die mit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche verbunden sind, einer Institution, die historisch mit der Russisch-Orthodoxen Kirche verbunden ist. Analysten sagen, dass die Kirche in den besetzten Gebieten zunehmend als Mittel für politische Botschaften und administrative Kontrolle genutzt wird, wodurch die Grenze zwischen religiösem Leben und staatlicher Politik verwischt wird.

Kritiker argumentieren, dass Moskaus Vorgehen eine eklatante Vereinnahmung religiöser Institutionen darstellt, um seine Autorität über das besetzte Gebiet zu legitimieren. Während viele orthodoxe Gläubige in der Ukraine unabhängig von der Politik ihren Glauben ausüben, haben die Besatzungsbehörden Geistliche gefördert, die mit Moskau verbündet sind, und religiöse Führer, die ihre Loyalität gegenüber Kiew bekunden, marginalisiert oder entfernt.

Auf der Krim berichtete Priester Serhii Mykhalchuk von der Orthodoxen Kirche der Ukraine über wiederholte Schikanen und rechtlichen Druck seitens der russischen Behörden nach der Annexion der Halbinsel.

Gerichte ordneten die Räumung seiner Gemeinde aus ihrer Kathedrale in Simferopol an, und die Behörden beschlagnahmten Kirchengrundbesitz, nachdem die Gemeinde sich geweigert hatte, sich gemäß den russischen Religionsgesetzen, die an die kirchlichen Strukturen Moskaus gebunden sind, neu registrieren zu lassen.

In anderen dokumentierten Fällen drangen russische Truppen in orthodoxe Kirchen ein, um Priester einzuschüchtern und zu demütigen. In einem von der Baptist Press angeführten Fall wurde ein orthodoxer Priester nackt ausgezogen, geschlagen und durch die Straßen geführt, während Soldaten ihn verspotteten und fragten: „Wo ist dein Gott jetzt?“

Der Priester überlebte den Angriff und wechselte später zur Orthodoxen Kirche der Ukraine.

Befürworter der Religionsfreiheit sagen, dass dieses Muster Teil einer umfassenderen Kampagne ist, um eine unabhängige Zivilgesellschaft zu beseitigen und durch Institutionen zu ersetzen, die Moskau loyal gegenüberstehen. Protestantische Gemeinschaften, die seit langem in der humanitären Hilfe und der Gemeindeförderung in der Ukraine aktiv sind, stehen unter besonderer Beobachtung der Besatzungsbehörden, die ihnen oft vorwerfen, mit westlichen Regierungen verbunden zu sein.

Menschenrechtsbeobachter warnen, dass dies zu einer Einschränkung der Religionsfreiheit in den besetzten Gebieten der Ukraine führt. Kirchen, die nicht bereit sind, mit den Besatzungsbehörden zu kooperieren, müssen mit Schikanen, Schließung oder Vertreibung rechnen, während religiöse Einrichtungen, die als Unterstützer der russischen Regierung wahrgenommen werden, bevorzugt behandelt werden.

Während der Krieg weitergeht, sagen Glaubensführer, dass die Angriffe auf Kirchen einen umfassenderen Versuch widerspiegeln, die ukrainische Gesellschaft unter russischer Kontrolle neu zu gestalten. Beobachter stellen fest, dass das Schicksal der Religionsgemeinschaften in den besetzten Gebieten auch während des Konflikts ein wichtiger Indikator für die allgemeine Menschenrechtssituation bleiben wird.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Venezuela: Verstöße gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Christian Solidarity Worldwide: Andersdenkende werden diskriminiert und inhaftiert

London (IDEA) – Auch nach der Gefangennahme des früheren Präsidenten von Venezuela, Nicolas Maduro, bei einem US-Militäreinsatz am [3. Januar](#) verstößt das Land weiter gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Das teilte das britische Hilfswerk CSW (ehemals Christian Solidarity Worldwide/Christliche Solidarität weltweit) in einem Bericht vom 9. März mit. Er hat den Titel „Selbstzensur und soziale Kontrolle: Die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Venezuela“. Wie es darin heißt, gibt sich die neue Regierung unter Interimspräsidentin Delcy Rodríguez als Hüterin der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Sie habe zahlreiche religiöse Förderprogramme eingerichtet. Doch Andersdenkende würden diskriminiert, mit Gewalt bedroht, willkürlich inhaftiert oder ihrer Rechte beraubt. Die Direktorin des CSW-Amerika-Teams, Anna Lee Stangl, erklärte, dass die regierende Vereinigte Sozialistische Partei weiterhin verantwortlich für weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen sei – ob mit oder ohne Maduro an der Spitze. Dazu gehöre die Verfolgung religiöser Führer, die systematische Unterdrückung der unabhängigen Zivilgesellschaft und sogar Massaker und die Vertreibungen indigener Gruppen. Die internationale Gemeinschaft müsse sicherstellen, dass es im Land „messbare Verbesserungen beim Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit“ gebe.

Ständige Überwachung – Spitzel in Kirchen

Wie es in dem Bericht weiter heißt, stehen alle religiösen Führer – selbst jene, die von staatlichen Programmen profitieren – unter ständiger Überwachung. Regierungsspitzel in den Kirchen seien keine Seltenheit. Religiöse Führer, die vermeintlich das „Falsche“ gesagt haben, würden als Verräter behandelt und in manchen Fällen von illegalen, vom Regime unterstützten bewaffneten Gruppen angegriffen. Die Folge sei, dass Geistliche in öffentlichen Aktivitäten wie Gebeten und Predigten, aber auch in privaten oder informellen Treffen Selbstzensur übten – aus Sorge, von einem Regierungsspitzel belauscht zu werden. Von den rund 31 Millionen Einwohnern Venezuelas sind 48 Prozent katholisch und 31 Prozent evangelisch; unter ihnen bilden Pfingstkirchler die größte Gruppe. 14 Prozent sind konfessionslos, sieben Prozent gehören sonstigen Religionsgemeinschaften an.

Weltweit: Samaritan's Purse prangert sexuelle Ausbeutung von Frauen an

„Deutschland ist nicht unschuldig am weltweiten Menschenhandel“

Berlin (IDEA) – Anlässlich des Weltfrauentags (8. März) hat das christliche Hilfswerk „Samaritan's Purse – Die barmherzigen Samariter“ auf die weltweite Ausbeutung von Frauen hingewiesen und zum Handeln aufgerufen. Millionen Frauen und Mädchen seien von Armut und Perspektivlosigkeit betroffen. Die Folgen seien mitten in deutschen Städten sichtbar – etwa im Rotlichtmilieu von Berlin. Der Vorstand der Organisation im deutschsprachigen Raum, Sylke Busenbender (Berlin), erklärte dazu: „Deutschland ist nicht unschuldig am weltweiten Menschenhandel.“ Die hiesigen Prostitutionsgesetze hätten das Land zu einem der größten Märkte für sexuelle Ausbeutung gemacht. „Wenn wir auf Frauen schauen, sehen wir die Bruchstellen unserer Welt besonders deutlich“, so Busenbender. Sie rief dazu auf, die Situation von Frauen weltweit stärker in den Blick zu nehmen. Der Vorstand verwies dabei auf das Projekt „Alabaster Jar“ in Berlin. Im Jahr 2025 hätten Mitarbeiterinnen von Samaritan's Purse dort mehr als 300 Frauen in Bordellen und Stripclubs besucht. Sie hörten in diesem Zuge immer ähnliche Geschichten: Gewalt, Zwang, ökonomischer Druck oder emotionale Abhängigkeiten ließen den Frauen keine andere Wahl, als ihren Körper zu verkaufen. Busenbender die Notwendigkeit, die Ursachen für Ausbeutung bereits in den Herkunftsländern der Betroffenen zu bekämpfen. Dazu hat Samaritan's Purse neben der Arbeit in Berlin weltweit unterschiedliche Bildungs-, Präventions- und Gesundheitsprojekte aufgebaut, um Frauen und Mädchen langfristig zu stärken. Laut Statistischem Bundesamt waren 2024 in Deutschland rund 32.000 Prostituierte gemeldet, fast 27.000 hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Experten schätzen weit höhere Dunkelziffern. Internationaler Präsident von Samaritan's Purse ist der Evangelist Franklin Graham (Charlotte/US-Bundesstaat North Carolina). Das Werk ist neben humanitären Hilfsaktionen und -projekten im deutschen Raum vor allem durch die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ bekannt.

Weltweit: Verfolgung ist real-Institut widerspricht Kritikern des Weltverfolgungsindex

Thomas Schirmmacher vom Internationalen Institut für Religionsfreiheit (IIRF) widerspricht Kritikern des Weltverfolgungsindex – und fordert mehr Forschung über Religionsfreiheit und Verfolgung religiöser Minderheiten.

Der [Weltverfolgungsindex](#) (WVI) von Open Doors ist einer der am häufigsten zitierten Berichte zum Thema Religionsfreiheit und Christenverfolgung weltweit, steht jedoch auch regelmäßig in der Kritik – auch von Seiten der Amtskirchen. Das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF), das den Index regelmäßig prüft, hat dazu jetzt Stellung bezogen. In einem Report ([PDF](#)) ordnet Thomas Schirmmacher (Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit) die häufigsten Vorwürfe ein, darunter die genaue Definition des Begriffs „Verfolgung“, die Fokussierung auf Christinnen und Christen sowie den Vorwurf mangelnder wissenschaftlicher Qualität.

Der Weltverfolgungsindex lege seine Kategorisierung offen und orientiere sich an anerkannten menschenrechtlichen Definitionen, so Schirmmacher. Hinsichtlich der Frage, ob „Verfolgung“ im WVI zu breit definiert werde, verweist er einerseits darauf, dass international keine einheitliche Definition für „Verfolgung“ existiere. Open Doors wende eine bestimmte Einstufung an und verwende diese im Rahmen des WFI konsistent. Die Methodik sei seiner Einschätzung nach über Jahre verfeinert worden – unter anderem in Zusammenarbeit mit Forschern des IIRF. Die Überprüfung des WFI durch das IIRF sei unabhängig. „Wenn Sie unseren aktuellen Prüfungsbericht lesen, werden Sie feststellen, dass wir dem WVI weder einen Gefallen tun noch den Erstellern einfach einen Persilschein ausstellen“, so Schirmmacher.

Es braucht mehr Forschung

Die häufig geäußerte Kritik, der WVI konzentriere sich ausschließlich auf Christen, weist Schirmmacher als grundsätzlich zutreffend, aber nicht problematisch zurück. Open Doors engagiere sich aus seinem Selbstverständnis heraus für verfolgte Christinnen und Christen. Dies mindere nicht die Aussagekraft der Daten, zumal Open Doors in seinen Länderberichten – jedoch nicht in den Statistiken – die Verfolgung anderer Religionen explizit erwähne.

Die Lösung sei nicht weniger, sondern mehr Forschung: ein vergleichbarer Index für alle Religionen. Das IIRF dokumentiere selbst religionsübergreifende Gewalt, allerdings fehle für solche Erhebungen oft die Finanzierung – gerade durch jene, die eine breitere Datenerfassung forderten. An dieser Stelle kritisiert Schirmmacher unter anderem die EKD und die Katholische Kirche in Deutschland, die sich zwar deutlich vom WVI distanzieren, selbst jedoch keine entsprechende Forschung finanzieren.

Warnung vor Vereinfachungen

Gleichzeitig warnt Schirmmacher vor gängigen Vereinfachungen. Aussagen wie „das Christentum ist die am meisten verfolgte Religion der Welt“ seien nur unter bestimmten statistischen Blickwinkeln korrekt. Schaut man nicht auf die absolute Zahl der Betroffenen, sondern den prozentualen Anteil verfolgter Minderheiten, dann ergebe sich manchmal ein anderes Bild. Gruppen wie die Rohingya-Muslime (Myanmar) oder die Jesiden im Irak seien in bestimmten Gebieten fast vollständig ausgerottet worden. Andere religiöse Minderheiten – Bahá'í im Iran, Ahmadi-Muslime in Pakistan, Zeugen Jehovas in Russland – „sind in erschreckendem Ausmaß systematischer rechtlicher Diskriminierung und sozialer Feindseligkeit ausgesetzt“. Eine sachliche Debatte müsse diese Komplexität berücksichtigen.

Die Stellungnahme schließt mit einem Appell: Statt den Weltverfolgungsindex grundsätzlich infrage zu stellen, sollten Kritiker konstruktiv daran mitwirken, Forschung zu Religionsfreiheit weltweit zu stärken. Das IIRF halte einen globalen, religionsübergreifenden Index für möglich. Dafür fehle jedoch die Finanzierung. Das Ziel müsse eine faktenbasierte, faire und nicht politisierte Diskussion über Verfolgung und religiöse Minderheiten weltweit sein.

Quelle: [Jesus.de](#)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]